

Politische Berichte ★

Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik
Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis 2 DM, Jahresabo 78 DM
ermäßigtes Abo 52 DM, Förderabo 130 DM

Redaktionsadresse
Postfach 260 226, 50515 Köln
Hausadresse GNN-Verlag,
Zülpicher Straße 7, 50674 Köln,
Telefon 02 21 / 21 16 58 Fax: 02 21 / 21 53 73

Nummer 12 / 17. Jahrgang

13. Juni 1996

G 7756 D Preis 2,00 DM

Die „neue NATO“

Verständigung über die militärische Absicherung der Neuordnung Europas

Die Frühjahrstagung der Nato-Außenminister markiert eine wichtige Etappe auf dem Weg zu dem, was nun als „neue Nato“ bezeichnet wird. „Neue Nato“ meint: Das westliche Bündnis entledigt sich endgültig der im Gründungsvertrag enthaltenen Beschränkung auf „kollektive Verteidigung“. Es paßt seine Strukturen den „neuen Aufgaben der Krisenbewältigung“ an.

Das heißt vor allem: erstens Ausbau der politischen und militärischen Instrumente der „Konfliktverhütung und Krisenbewältigung“. Gefordert sei, schrieb der Generalinspekteur der Bundeswehr Bagger in der „Europäischen Sicherheit“ (April 96), „neue strategische Aktion bis hin zur Prävention, um das politische Ziel der Konfliktverhinderung durch flexible Nutzung des gesamten Spektrums politischer, wirtschaftlicher und ultima ratio auch militärischer Mittel zu erreichen“. Dazu gehört vor allem die Erhöhung der Flexibilität und Beweglichkeit bei der Dislozierung der multinationalen Krisenreaktionskräfte, einschließlich der Entwicklung neuer Kommandostrukturen. – Zweitens wird der „europäische Beitrag“ zum Bündnis gestärkt. Das neue Konzept lautet: „abtrennbare“, aber „nicht getrennte“ militärische Operationen der europäischen Mitglieder. Das erhöht die Schlagkraft der Nato. Vorbereitet werden Nato-Militäroperationen unter der politischen Kontrolle und strategischen Richtungskompetenz der WEU. Das bedeutet die Einbindung Frankreichs und vor allem die Stärkung der Rolle Deutschlands in der Nato.

Scheinbar spielte die Osterweiterung auf der Nato-Frühjahrstagung nur am Rande eine Rolle. Doch das täuscht. Die imperialistischen Hauptmächte des Paktes, namentlich die USA und Deutschland, hatten sich nämlich seit geraumer Zeit darauf verständigt, daß vor der Aufnahme neuer Mitglieder – und das heißt vor einer Zuspitzung der Konfrontation mit Rußland – die Neubestimmung der Aufgaben im wesentlichen abgeschlossen sein müsse. Das ist nun geschehen.

„Die Risiken liegen heute an den Flanken des Bündnisses, insbesondere im Süden und den angrenzenden Regionen“, weist der Generalinspekteur der Bundeswehr in den bereits zitierten Aufsatz auf die nächsten strategischen Ziele der Nato hin. Die beschlossenen „Strukturanpassungen“ des Paktes und die militärische Planung bringen das Interesse der Hauptmächte zum Ausdruck, die Neuordnung Europas einschließlich der angrenzenden Regionen entscheidend voranzutreiben. In der Ausrichtung der Nato ist das Vorhaben erkennbar, den Süden und Südosten Europas und den Mittleren Osten dem

imperialistischen Wirtschaftsraum fest einzugliedern, die Staaten dort in untergeordnete und abhängige Satelliten zu verwandeln. Die Betreiber dieser Expansion, allen voran die USA und die BRD, sind sich nur allzu bewußt, daß sie das nicht ohne eine Reihe von Interventionskriegen durchsetzen werden. Die Zerteilung Jugoslawiens durch Unterstützung der Lostrennung Sloweniens, Kroatiens und Bosnien-Herzegowinas war in diesem Sinne ein Auftakt. Daß vor allem die USA und die BRD die Zerteilung systematisch betrieben haben, wird höchstens in Deutschland noch bestritten. Der in Großbritannien erscheinende „Intelligence Digest“ schrieb im August 1995 in aller Offenheit, daß „die von Anfang an vorhandenen US-amerikanischen/deutschen Pläne für das ehemalige Jugoslawien ein unabhängiges, von Moslems und Kroaten dominiertes Bosnien-Herzegowina in Allianz mit einem unabhängigen Kroatien und neben einem stark geschwächten Serbien (vorsahen)“. Nur mit der „Unabhängigkeit“ der Teilrepubliken ist es nicht weit her. Das wesentliche Ergebnis der imperialistischen Intervention in Jugoslawien ist, daß die Nato auf den Balkan vorgerückt ist. Sie hat damit das Tor nicht nur zum Mittleren Osten, sondern auch in die rohstoffreichen Regionen am Schwarzen und am Kaspischen Meer aufgestoßen – und damit zugleich in die Gebiete an der Südflanke Rußlands.

Nachdem sich der Westen auf der Frühjahrstagung darauf verständigt hat, diese Expansionsrichtung militärisch abzusichern – das vor allem besagt die Losung von der „neuen Nato“ –, wird er die Osterweiterung, den Vorstoß gegen die Westgrenzen Rußlands, unmittelbar auf die Tagesordnung setzen.

(scc)
(1) Kommuniqué des Nordatlantikrates auf Außenministerebene, 3.6.96



Eine der zahlreichen gewerkschaftlichen Protestaktionen der letzten Tage gegen den Sozialabbau von Regierung und Konzernen (Bild: 6. Juni, Rüsselsheim). Berichte und Dokumente zur Bonner Demonstration am 15. Juni auf Seite 3.

Die BRD-Konzerne haben jetzt 348 Mrd. DM Auslandsvermögen

Die deutschen Kapitalexperte sind weiter im Boom

Einen neuen Rekord im Kapitalexport deutscher Konzerne meldet die Bundesbank. 1995 seien die Auslandsanlagen deutscher Unternehmen um die Rekordsumme von 48 Mrd. DM gestiegen. Ein Jahr vorher hatten deutsche Konzerne ihre Auslandsvermögen „nur“ um 27 Milliarden DM gesteigert.

Ganz offensichtlich sind die deutschen Konzerne wild entschlossen und verfügen auch die Mittel, um ihre Positionen als „global player“ im internationalen Konkurrenzkampf rasch weiter auszubauen – ganz im Gegensatz zu ihrem Gejammer um den angeblich überbelegten „Standort Deutschland“.

In einer jetzt erschienenen Sonderveröffentlichung hat die Bundesbank diesen Kapitalexport, allerdings zum Stichtag 31.12.1994, näher aufgeschlüsselt. Danach erreichte das direkte und indirekte Auslandsvermögen deutscher

Konzerne Ende 1994 den Rekordbetrag von 348,257 Milliarden DM. 18.711 Firmen im Ausland waren ganz oder mehrheitlich im Besitz deutscher Konzerne. In diesen Auslandswerken beuteten die deutschen Konzerne 2,443 Millionen Menschen aus – etwa zehn Mal so viel, wie der größte deutsche Konzern, die Daimler-Benz AG, in allen seinen Inlandswerken zusammen ausbeutet. Die Umsätze dieser Auslandsfilialen summierten sich auf 876 Milliarden DM – wiederum etwa das Zehnfache des gesamten Umsatzes von Daimler-Benz.

Regionale Schwerpunkte im Kapitalexporte sind die Märkte der wichtigsten Konkurrenten – EU, USA Japan. Von dem gesamten deutschen Auslandsvermögen waren 1994 in den EU-Ländern 168,6 Mrd. DM (9.614 Werke mit 905.000 Beschäftigten) angelegt, 79,9 Mrd. DM in den USA (5.673 Werke mit 494.000 Beschäftigten) und 7,8 Mrd. DM in Japan (1.225 Filialen mit 40.000 Beschäftigten). Noch vor Japan lag das Schwerpunktland deutscher Konzerne in Lateinamerika: Brasilien mit 14,5 Mrd. DM deutschen Kapitalanlagen in 377 Unternehmen mit 218.000 Beschäftigten.

Weiter stellt ansteigend sind die deutschen Kapitalanlagen in den sog. „Reformländern“ Osteuropas. Hier steigerten deutsche Konzerne ihre Auslandsanlagen von 2,0 Mrd. DM 1991 auf 8,906 Mrd. DM 1994, also auf mehr als das Vierfache. Die Zahl der damit kontrollierten Firmen stieg von 416 auf 1.478, d.h. auf das Dreieinhalbfache, die Zahl der Beschäftigten von 85.000 auf 247.000 – Tendenz weiter steigend, zumal bei den Hungerlöhnen von 5 bis 6 DM. (rül)

Quelle: Deutsche Bundesbank, Kapitalverflechtung mit dem Ausland, Statistische Sonderveröffentlichung 10, Mai 1996

Kurdistan: „Frieden jetzt!“

Demonstration in Hamburg am 15. Juni, ab 11 Uhr

Die zeitgleich mit der Bonner Großdemonstration gegen den Sozialabbau angesetzte Großdemonstration in Hamburg für eine friedliche und demokratische Lösung des Kurdistan-Konflikts stößt ebenfalls auf breite Unterstützung – vielleicht auch wegen der anhaltenden Regime-Krise in der Türkei, wo inzwischen der gescheiterte Regierungschef Mesut Yilmaz zurückgetreten ist und der Chef der fundamentalistischen Refah-Partei, Erbakan, unterstützt von großen Firmen wie der Sabanci-Gruppe erneut versucht, eine Mehrheit für eine von ihm geführte Regierung zu erhalten.

Den Aufruf zur Demonstration hatten bis Redaktionsschluß zwei Landesverbände (Hamburg und Berlin) von Bündnis 90/Die Grünen, die PDS Landesverbände Hamburg und Bayern, die GEW und die IG Medien Hamburg, die Jusos Hamburg, DKP Hamburg, zahlreiche kurdische und türkische Gruppen, VVN/BdA, ASTEN u.a. unterzeichnet.

Schlußkundgebung ab 13 Uhr auf der Moorweide

AKTUELL IN BONN**Befristete Arbeitsverträge nehmen zu**

1985 hatte die Bundesregierung in ihrem sogenannten „Beschäftigungsförderungsgesetz“ erstmals die Möglichkeiten der Kapitalisten, neue Beschäftigte mit befristeten Arbeitsverträgen einzustellen, erheblich ausgeweitet. Jetzt liegt eine erste statistische Erhebung zum Anstieg dieser „Heuern-und-Feuern“-Verträge vor. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat sie aus dem Mikrozensus 1994 gewonnen. Danach hat sich der Anteil befristeter Verträge an allen Arbeitsverträgen von 1985 auf 1994 verdoppelt. Besonders verbreitet sind solche Verträge in den neuen Bundesländern. Insgesamt gab es 1994 1,29 Millionen befristeter Verträge, das entsprach einem Anteil an allen Arbeitsverträgen von (im Westen) 5,7%, in den neuen Bundesländern von 11,7%. Überdurchschnittlich hoch war der Anteil solcher Verträge bei jungen Leuten: 15,5 Prozent aller Arbeitsverträge mit Personen unter 25 Jahren waren in den alten Bundesländern befristet, in den neuen Ländern lag dieser Anteil sogar bei 18,9%. Nach Branchen wurden solche Verträge überdurchschnittlich stark in der Landwirtschaft abgeschlossen (8,6% aller Arbeitsverträge im Westen, 24,2% im Osten), in der staatlichen Sozialversicherung (7,1% aller Arbeitsverträge im Westen, 17,9% im Osten) und bei „sonstigen Dienstleistungen“ (10,4% aller Arbeitsverträge im Westen und 13,0% im Osten). 10% aller befristeten Verträge für Frauen lauteten zugleich auf Teilzeitarbeit.

CDU-Versorgungsfall Münch

Werner Münch, früher CDU-Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, bis er 1991 zurücktreten mußte, weil er über 100.000 DM Jahresgehalt zu viel kassiert hatte, wird von Kanzler Kohl weiter gut versorgt. Wie das ARD-Fernseh-Magazin „Monitor“ kürzlich berichtete, hat Münch nach Kassierung seines „Übergangsgeldes“ als Ex-Ministerpräsident in Höhe von 400.000 DM auf persönliche Intervention von Kohl nun eine neuen Posten in Lateinamerika gefunden. Er schult in Montevideo, der Hauptstadt Uruguays, angeblich „Führungskräfte“ aus ganz Lateinamerika. Bezahlte wird er mit Geldern aus dem Entwicklungshilfetat von CSU-Minister Spranger. Kosten: 2,5 Millionen DM, davon erhält Münch privat jährlich 180.000 – steuerfrei. Kanzleramtsminister Bohl soll Münch den Posten auf Weisung Kohls persönlich beschafft haben – u.a. durch Intervention bei der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf, die die Federführung für das Projekt in Montevideo hat.

Keine Kampfstoffbergung in der Ostsee

Die Bundesregierung will die im und nach dem zweiten Weltkrieg in der Ostsee versenkten chemischen Kampfstoffe nicht bergen. In einer Antwort auf die Anfrage eines SPD-Abgeordneten (Ds. 13/4052) teilte die Regierung jetzt mit, die Bergung der Kampfstoffe erfordere zu hohe Kosten, außerdem gehe angeblich von den Kampfstoffen keine Gefahr für das Ökosystem und die Küsten aus. In der Ostsee wurden allein im Zu-

sammenhang mit dem zweiten Weltkrieg rund 13.000 Tonnen chemische Kampfstoffe versenkt.

Rentensenkung Ost

Die Regierungsparteien haben am 23. Mai Anträge von PDS und Grünen zur Verlängerung der sog. „Auffüllbeträge“ für Ost-Renten abgelehnt. Diese Auffüllbeträge waren 1991 im sog. Rentenüberleitungsgesetz nur befristet beschlossen worden, weil man annahm, daß bis 1995 die Einkommensverhältnisse in Ost und West angeglichen seien. Deshalb sollten ab 1995 diese „Auffüllbeträge“ schrittweise mit den jährlichen Rentenanhebungen verrechnet werden. Tatsächlich aber sind bekanntlich die Einkommensverhältnisse keineswegs angeglichen. Für die Rentnerinnen und Rentner bedeutet das, daß sie seit Anfang 1996 praktisch keine nominale Rentenanhebung mehr bekommen, weil die ohnehin geringfügigen nominalen Rentenanhebungen mit der sogenannten „Absenkung der Auffüllbeträge“ auf Null reduziert werden. Abzüglich der Teuerungsrate bedeutet das für die Rentnerinnen und Rentner im Osten reale Rentensenkungen. PDS und Grüne hatten diese Rentensenkung stoppen wollen, die Regierungsparteien beschlossen: Diese Rentensenkung im Osten geht weiter.

Weiter Streit um Multimedia-Gesetz

Die Bundesregierung beharrt weiterhin auf ihrer Zuständigkeit für ein sogenanntes „Multimediasgesetz“, das „Zukunftsminister“ Rüttgers bereits vorgelegt hat. Die Mehrheit der Bundesländer dagegen rechnet Multimedia nahe beim Rundfunk und Fernsehen und deshalb als Ländersache an. Sollte die Bundesregierung ihren Gesetzentwurf im Bundestag verabschieden lassen, hatte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Beck, unterstützt von NRW-Wirtschaftsminister Clement, eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht angekündigt. Rüttgers will mit seinem Multimedia-Gesetz u.a. die polizeiliche Kontrolle von Mailboxen u.ä. Einrichtungen ausbauen und dabei den Schutz der Pressefreiheit für diese Infosysteme aufheben. Bei einem Treffen mit Kanzler Kohl wollen die Vertreter von Bund und Ländern in dieser Woche nun versuchen, ihren Streit beizulegen.

Was kommt demnächst?

Am 13. Juni berät der Bundestag u.a. über ein Gesetz der Bundesregierung zum Ausbau des „deutschen Auslandsrundfunks“, über Anträge von SPD und Grünen zur Solartechnologie sowie in letzter Lesung über das neue Telekommunikationsgesetz. Am nachmittag findet dann eine dreistündige Debatte über Anträge der Oppositionsparteien zum „Bündnis für Arbeit“ und gegen „Armut in Deutschland“ statt. Am 14. Juni berät der Bundestag in erster Lesung über Walgels neues „Jahressteuergesetz 1997“. Am 15. Juni findet in Bonn die Demonstration von DGB u.a. gegen Sozialabbau statt, in Hamburg die Großdemonstration für Frieden in Kurdistan. Am 21./22. Juni tagt in Florenz der „Europäische Rat“.

Grüne gegen Rentenbetrug**Die „Anrechnung der Kindererziehung“ ist ein neuer Betrugsversuch zur Senkung der Rentenansprüche**

Die von der Bundesregierung geplante vorzeitige Anhebung des Rentenalters für Frauen bereits ab 1997 von bisher 60 Jahren auf künftig 65 Jahren stößt auf verbreitete Kritik. In den Gewerkschaften und zahlreichen anderen Verbänden wächst die Kritik an der geplanten Regelung rasch an, zumal offensichtlich ist, daß heutzutage kaum noch eine Person über 60 Jahren beschäftigt wird – in der Industrie fast überhaupt nicht mehr, in anderen Branchen (Handwerk, Einzelhandel o.ä.) sieht es nicht viel besser aus.

Der Plan der Bundesregierung bezweckt also offensichtlich nichts anderes als Senkung der effektiv gezahlten Renten. Zunehmende Altersarmut schon vor dem Eintritt ins Rentenalter, vor allem bei denen, die schon vorher wegen geringer Verdienste keine Rücklagen bilden konnten, wird die Folge sein.

Um der Kritik an dieser Rentensenkung die Spitze zu nehmen, diskutieren „Sozialexperten“ der Regierung u.a. Sonderregelungen für Mütter mit Kindern. Bei diesen soll pro Kind das Rentenzugangsalter um ein Jahr angehoben werden.

Die grüne Bundestagsabgeordnete Andrea Fischer, sozialpolitische Sprecherin ihrer Fraktion, ist jetzt in einem „Argumentationspapier“ Überlegungen auch in der eigenen Partei, ob man dieser Anrechnung von Kindererziehungszeiten nicht evtl. zustimmen sollte, entgegengetreten und hat auf die betrügerischen Absichten der Regierungskoalition mit diesem Vorhaben hingewiesen. „Das unterschiedliche

Rentenzugangsalter für Frauen mit und ohne würde die Ungleichbehandlung verschiedener Rentenarten noch verschärfen und neue Ungerechtigkeiten schaffen“, kritisiert sie. Die Überlegungen in den Regierungsparteien seien zudem auch verfassungsrechtlich nicht zu vertreten: „Es ist verfassungsrechtlich höchstwahrscheinlich nicht zulässig, die Kinderzahl nur beim Rentenzugang von Frauen zu berücksichtigen. Das heißt, es muß Eltern freigestellt werden, bei welchem Elternteil die Kinder berücksichtigt werden. Klugerweise werden sich Eltern für die Berücksichtigung bei der höheren Rente entscheiden, das heißt in der Regel die Rente des Mannes.“ Die Überlegungen in der Regierung, diese Kinderzeiten nur bei Frauen zu berücksichtigen, dienen nur dazu, eine Senkung von Rentenansprüchen zu kaschieren. Zudem sei die diskutierte „Ausnahmeregelung“ für Frauen mit Kinder eher die Regel: „Bei den ‚rentennahen‘ Jahrgängen, die von der Neuregelung betroffen wären, haben höchstens zwanzig Prozent der Frauen überhaupt keine Kinder. Das heißt, die ‚Ausnahmeregelung‘ würde doch die Regel sein.“ Fazit der Abgeordneten: Die Grünen – die im übrigen nicht prinzipiell gegen eine Anhebung des Rentenzugangsalters sind – sollten an ihrer Forderung nach Ausbau der eigenständigen Alterssicherung für Frauen festhalten – inkl. einer „additiven Anrechnung von Kindererziehungszeiten und ggfs. parallel durch Berufstätigkeit erworbenen Anwartschaften.“ (rül)

Quelle: Argumentationspapier von Andrea Fischer (MdB), Bonn/Berlin, 1. Juni

An Spanien ausgeliefert trotz illegaler „Beweise“ aus Folterung**Benjamin Ramos Vega wurde am 5. Juni ausgeliefert**

Die von spanischen Behörden der Zusammenarbeit mit der ETA beschuldigte Benjamin Ramos Vega ist am 5. Juni von den Berliner Justizbehörden, wo er in der Untersuchungshaftanstalt Moabit in Auslieferungshaft saß, am 5. Juni überraschend an Spanien ausgeliefert worden. Vorausgegangen war eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das die Verwendung von durch Folter gewonnenen angeblichen „Beweisen“ gegen Ramos Vega nicht als Auslieferungshindernis ansah. Die Auslieferung von Ramos Vega markiert eine neue Qualität in der EU-weiten rechtspolitischen Zusammenarbeit. Nach internationalen Rechtskonventionen, die auch die BRD unterzeichnet hat, sind durch Folter fabrizierte „Beweise“ nichtig und rechtswidrig. Die deutsche Justiz und die Bundesregierung haben mit der Auslieferung diese Konventionen durchbrochen und einen weiteren Schritt in Richtung Akzeptanz von Folter getan.

Auch ansonsten sind die Umstände der Auslieferung skandalös. Hier Auszüge aus einer Presseerklärung der „Roten Hilfe Berlin“ vom 5. Juni:

„Heute ... wurde Benjamin Ramos Vega um 13.05 Uhr über den Flughafen Berlin-Tegel an Spanien ausgeliefert. Ramos Vega wird noch heute der Audiencia Nacional vorgeführt. Die Verteidigerin Schlangenhauf konnte durchsetzen, Ramos Vega beim Flug zu begleiten. Die Auslieferung wurde in einer Blitzaktion durchgeführt, nachdem das

Bundesverfassungsgericht (BVG) die Verfassungsklage von Ramos Vega abgewiesen hat. Nicht einmal seiner Ehefrau wurde noch die Gelegenheit gegeben, sich zu verabschieden. Kern der Verfassungsklage war das Verwertungsverbot der durch Folter erlangten Erkenntnisse. In ihrer Entscheidung ging die dritte Kammer des BVG davon aus, daß gegen den Belastungszeugen von Ramos Vega Folter angewandt wurde, dennoch wurde das Verwertungsverbot von indirekter Folter nicht als Auslieferungshindernis anerkannt. Diese Entscheidung nannte Verteidiger Becker 'feige und grundrechtsfeindlich'.

Die Entscheidung des BVG ging erst gestern, Dienstag, 4. Juni 1996, per Post bei den Anwälten ein, obwohl sie bereits vom 29.5.96 datierte. ... Keine 24 Stunden, nachdem die Entscheidung zugestellt wurde, ist Ramos Vega nun ausgeliefert. Damit ist offensichtlich, daß die Bundesregierung bereits vorab über die Entscheidung informiert wurde, damit sie die Auslieferung organisieren konnte. (...)

Das Asylverfahren von Ramos Vega war noch nicht abgeschlossen. Die Verteidigung war ... dabei, eine Klage bei der europäischen Menschenrechtskommission einzulegen, mehrere Abgeordnete des Bundestages hatten bereits eine Petition gegen die Abschiebung vorbereitet, mit der der Bundesjustizminister aufgefordert werden sollte, aus politischen Gründen einer Auslieferung nicht zuzustimmen.“ (rül)

Bonn, 15. Juni: „Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“

Eine breite Widerstandsbewegung tritt gegen das reaktionäre Regierungsprogramm an

Die Demonstration von Gewerkschaften, von linken Parteien, Gruppen und Initiativen am 15. Juni wird eine der größten in der Geschichte der Bundeshauptstadt werden. In gewerkschaftlichen Kreisen ist die Rede von weit mehreren hunderttausend Menschen, die in Bonn erwartet werden. Allein 70 Sonderzüge sind von den Gewerkschaften gechartert worden, bei Bussen soll es wegen der am gleichen Tag in Hamburg stattfindenden kurdischen Demonstration sogar bis ins umliegende Ausland bereits ausgebuchte Busunternehmen geben. Auch die Themen, die auf der Bonner Demonstration aufgeworfen wird, sind vielfältig wie schon lange nicht mehr: Widerstand gegen die geplante Deregulierung beim Ladenschluß und der Ausdehnung der Nacht- und Sonntagsarbeit im Bäckereigewerbe, Protest gegen den von den Arbeitgebern abgelehnten Mindestlohn im Baugewerbe, Gegenwehr gegen die Strafrenten für sogenannte „systemnahe“ Personen im Osten (das „Kuratorium der ostdeutschen Verbände“ hat einen eigenen Sonderzug aus Berlin zur Demonstration gemietet), Widerstand insbesondere der Beschäftigten in den öffentlichen Diensten gegen die von den Dienstherren verlangten Eingriffe in die Lohnfortzahlung, gegen die Hinauszögerung der Lohnangleichung Ost-West, gegen die verlangten zwei Jahre Nullrunden – all dies wird sich verbinden mit der Gegenwehr in anderen gewerkschaftlichen und sozialen Bereichen gegen das Zumutungspaket der Bundesregierung – gegen die vorfristige Anhebung des Rentenalters für Frauen, gegen die geplanten Eingriffe in die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, gegen das Einfrieren von Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe, gegen den Abbau von dringend nötigen Förderungsprogrammen zur Ein-

gliederung oder Rehabilitation von Behinderten usw. usf.

Wird die Bonner Demonstration das Regierungslager und die Konzerne beeindruckt? Fest steht: Weder beim Mindestlohn für den Bau noch im Streit um die Deregulierung des Ladenschlusses ist die Front der Konzerne und der Regierungsparteien noch geschlossen. Die Umfrageergebnisse der Regierungskoalition zeigen erstmals seit längerem wieder nach unten. Die sich weiter ausbreitende Krise im Bau, die vor allem im Osten viele hoffnungsfrohe „Existenzgründer“ wieder in den Abgrund reißen wird, verunsichert nicht nur weit in andere Handwerksbereiche und ins Kleingewerbe hinein, sie läßt auch den Anhang der Unionsparteien in den östlichen Bundesländern schrumpfen.

Trotzdem: Die erste Aufgabe der Bonner Demonstration wird es sein, die

SPD-Minister und -Abgeordneten in den Bundesländern endlich wenigstens in einzelnen Punkten zu ernsthafter Gegenwehr gegen das Regierungsprogramm zu bewegen. Daß der DAG-Vorsitzende Issen die SPD-Bundestagsfraktion kürzlich von links kritisierte und zu mehr Festigkeit und Widerstandsgeist gegen das Regierungsprogramm aufrief, spricht Bände für die Situation in der SPD. Die Nachricht aus den Beratungen der Länderfinanzminister, die Beamten seien sich dort über die Parteigrenzen hinweg über neuen, zusätzlichen Sozialabbau auf Länderebene beinahe schon einig gewesen, wenn nicht SPD-Chef Lafontaine darauf bestanden habe, vor der Bonner Demonstration keine Übereinstimmung mit den Unionsparteien festzuschreiben, ist auch nicht gerade beruhigend. Die Bonner Demonstration kann des-

halb nur der Auftakt sein: Auftakt zu einer lang-anhaltenden und breitflächigen sozialen, gewerkschaftlichen und politischen Gegenwehr gegen das expansionistische Modernisierungs- und Umbauprogramm der Regierung. Auftakt zu einer langen Reihe von Widerstandsaktionen. Auftakt auch zu einer breitangelegten Debatte im Lager der Arbeit, im Lager derer, denen an einer Besserung der Situation der Arbeitenden, an einer Emanzipation der Arbeit gelegen ist. Einer Debatte darüber, welche gesellschaftlichen Normen und Standards in Zukunft für alle gelten sollen, unter welche Mindeststandards bei Lohn, Sozialversicherungsrechten, gewerkschaftlichen Rechten, politischen Rechten niemand gedrückt werden soll. Wenn die Bonner Demonstration das leistet, dann hat sie sich schon gelohnt. (rül)



Für die Beschäftigten in den öffentlichen Diensten soll noch in dieser Woche das Ergebnis der Schlichtung bekanntgegeben werden. Von Bedeutung ist dieses Ergebnis nicht nur wegen des Lohnabschlusses. Sollte die Regierung mit ihrem Angriff auf die Lohnfortzahlung einen Rückzieher machen müssen, wäre das ein wichtiger Erfolg für die gesamte Gewerkschaftsbewegung. Bild: ÖTV-Kundgebung am 20. Mai in Hannover.

1. Bei der Lohnfortzahlung:

„Die beabsichtigte Einschränkung der Lohnfortzahlung durch die Bundesregierung sieht vor, bei Krankheit das Entgelt auf 80% zu senken oder wahlweise je Woche Krankheit einen Tag Urlaub anzurechnen.“ (S. 5) Einkommensverlust für einen Beschäftigten mit 3.500 DM Bruttogehalt, 2 Kinder, Steuerklasse III: 400 DM im Monat im Krankheitsfall weniger.

„In den ersten vier Wochen eines Beschäftigungsverhältnisses soll es keine Lohnfortzahlung geben. Wer also die Stelle wechselt oder eine neue Arbeit aufnimmt, trägt ein hohes Risiko.“

Krankheitsbedingte Fehlzeiten sollen per Gesetz auf Sondervergütungen angerechnet werden. Die Jahressondervergütungen sinken entsprechend. Bei der Höhe des Urlaubsgeldes werden Überstundenvergütungen nicht mehr berechnet. Außerdem sollen für jede Woche einer Kur oder einer Rehabilitation bei einer 5-Tagewoche 2 Urlaubstage angerechnet werden.“ (S. 10)

2. Renten- und Krankenversicherung:

„Die Altersgrenzen zum Renteneintritt sollen kurzfristig für Frauen auf 63 und für Männer auf 65 Jahre angehoben werden. Ab 2000 dann für alle auf 65 Jahre. Die Selbstbeteiligung bei Krankheit soll erhöht, die Leistungen sollen herabgesetzt werden.“ (S. 11)

Das Krankengeld wird um 10 Prozentpunkte (derzeit ca. 87% des Nettoeinkommens) gekürzt. Einkommensverlust für die oben genannte Person (3.500 DM Bruttoeinkommen, 2

Kinder, Steuerklasse III): 603,58 DM für jeden Monat Krankheit nach Ablauf der Lohnfortzahlung.

„Für Personen unter 18 Jahren wird der Zahnersatz aus dem Leistungskatalog gestrichen... Der Kassenanteil für Brillengestelle entfällt. Bei Arzneimitteln und bei Rehabilitationsmaßnahmen wird die Zuzahlung erhöht. Sie steigt demnächst bei Arzneimitteln um

ab dem 6. Monat darf der zu erwartende Nettolohn rund 40% unter dem bisherigen Nettolohn liegen.“ (S. 15f.) Des weiteren:

- soll die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes weiter gestrichen werden. Länger als ein Jahr soll es künftig Arbeitslosengeld erst ab dem 45. Lebensjahr geben, Höchstförderungsdauer gibt es erst ab dem 57. Lebensjahr.

Die Vorhaben der Bundesregierung

Aus: DGB-Broschüre „Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“

1 DM pro Packung. Bei Reha 25 DM pro Tag (bisher 12 DM) im Westen, 20 DM pro Tag (bisher 9 DM) im Osten.“ (S. 12)

3. In der Arbeitslosenversicherung:

„Maßnahmen der Berufsförderung (z.B. für Behinderte, d. Red.) werden von Muß- in Kannleistungen umgewandelt. Das heißt, es besteht für Arbeitslose kein Rechtsanspruch mehr auf berufliche Förderung. Die Lohnersatzleistungen werden nicht mehr an die gestiegenen Lebenshaltungskosten angepaßt. (...) Im Bundeshaushalt soll der Zuschuß für die Bundesanstalt für Arbeit auf Null gesenkt werden. (...) Die nochmalige Verschärfung der Zumutbarkeit fordert von Arbeitslosen hohe Opfer, ohne daß Arbeitsplätze geschaffen werden. In den ersten drei Monaten muß eine Einkommenseinbuße von 20%, in den weiteren drei Monaten von 30 Prozent hingenommen werden und

- werden die Leistungen für Arbeitslose „eingefroren“, sinken also real;
- sollen betriebliche Abfindungen zu 50% auf das Arbeitslosengeld angerechnet werden, so daß vor allem Beschäftigte, die kurz vor Renteneintritt entlassen werden, ihre Abfindungen zum größten Teil verbrauchen, bevor sie Arbeitslosengeld erhalten;
- sollen die Leistungen bei ABM weiter gesenkt und die Haushaltsmittel für ABM drastisch verringert werden usw.

4. Beim Kündigungsschutz:

„1. Kein Kündigungsschutz mehr für Beschäftigte in Betrieben bis zu zehn Arbeitnehmern.“

2. Anrechnung der Teilzeitbeschäftigten bei Schwellenwerten.

3. Neue Definition der Sozialauswahl.

4. Beschränkung der gerichtlichen

Nachprüfbarkeit auf grobe Fehlerhaftigkeit. (...) Die Anhebung des Schwellenwertes auf zehn Beschäftigte ... wird dazu führen, daß etwa 8 Mio. Arbeitnehmer in über 80% der Unternehmen und Betriebe bei Kündigungen rechtlos gestellt werden.“ (S. 22)

5. Bei der Steuer:

Eine Kommission soll bis Jahresende „Reformen“ ausarbeiten. Die FDP fordert u.a. eine Senkung des Spitzensteuersatzes auf 35%. „Der ... Abbau der Vermögenssteuer bringt einem Vermögensmillionär immerhin ein jährliches Zubrot von 7.600 DM.“ (S. 28)

(Alle Zitate aus: DGB-Bundesvorstand, Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Fakten, Argumente, Reformvorschläge, Mai 1996)



Die Tschechische Republik nach den Wahlen: Ruck nach links

Aber in der linken Szene ist die Situation durch den Wahlausgang eher noch komplizierter geworden

Eine sehr kostspielige Wahlkampagne, die gespannte Erwartung, wie das Duell zwischen der regierenden Bürgerlich-Demokratischen Partei (ODS) und den Sozialdemokraten ausfallen wird, der unkomplizierte und konfliktlose Verlauf der Wahlen, die mit einer allgemeinen Verschiebung nach links endeten – so kann man kurzgefaßt die Parlamentswahlen charakterisieren, die in der Tschechischen Republik vom 31. Mai bis 1. Juni stattgefunden haben. Die rechte ODS (ihr Vorsitzender ist der bisherige Regierungschef Klaus) hat 29,6% der Stimmen gewonnen (das bedeutet 68 Sitze im 200-köpfigen Parlament), die Tschechische Sozialdemokratische Partei (CSSD) 26,4% (61 Sitze) und die Kommunistische Partei Tschechiens und Mährens (KSCM) 10,3% (22 Sitze). Außer diesen Parteien haben die 5%-Hürde noch die rechte Bürgerlich-Demokratische Allianz (ODA – 6,5%), die klerikale Christlich-Demokratische Union – die Tschechische Volkspartei (KDU-CSL – 8,08%) und die äußerst rechten Republikaner (8,01%) überwunden.

Diese Ergebnisse, bei denen die bisher regierende Koalition ODS/ODA/KDU-CSL im Parlament die Mehrheit verloren hat (mit den Stimmen für die Parteien, die nicht ins Parlament geraten

sind, haben 56% der Bürger die Opposition gewählt), zeigen, daß in den letzten vier Jahren sich die Zahl der Bürger erheblich erhöht hat, die mit der rechten konservativen Politik nicht zufrieden sind. Ihre Resultate nämlich sind u.a.: die Verschlechterung der Lebensverhältnisse der meisten Bürger (vor allem aber der Rentner und der jungen Familien mit Kindern), der katastrophale Zustand im Gesundheits- und Schulwesen, die hohe Kriminalität, allgemein sonderbare Resultate der „ökonomische Reform“ einschließlich des Zerfalls der landwirtschaftlichen Produktion und der Einstellung des Wohnungsbaus.

Der tatsächliche Wahlsieger – die Sozialdemokraten – hat mit reichlichem Populismus versprochen, daß er viele der existierenden Probleme lösen und verbessern wird. Damit hat die CSSD auch die Stimmen der Leute bekommen, die sonst die Kommunisten oder andere linke Parteien wählten. Ihre Stimmen für die Sozialdemokraten waren mehr der Ausdruck von Pragmatismus als von Ideologie. Es ist aber wahrscheinlich, daß es nach den Wahlen, wenn die Sozialdemokraten real das Geschehen in der CR beeinflussen werden, zu ihrer Wendung nach rechts kommt, ähnlich wie in den anderen osteuropäischen Ländern. (Übrigens kann man

auch die innere Spannung in der CSSD erwarten, weil diese Parteien eine zu bunte Mitgliederbasis hat – von ehemaligen Kommunisten und „Reformatoren“ des sog. Prager Frühlings bis zu wirklichen Rechten).

Die Tatsache, daß viele Anhänger der Linken ihre Stimme den Sozialdemokraten gegeben haben, und zwar in der Absicht, schnelle und reale gesellschaftliche Veränderungen hervorzurufen, hat sich auch im Wahlverlust der linken Parteien geäußert. Das Wahlergebnis der KSCM ist ihrem Vorsitzenden Miroslav Grebeníček zufolge „die solide Grundlage für die weitere Entwicklung, obwohl es die Erwartung nicht erfüllt hat“. Die neuen KSCM-Abgeordneten werden „allen Versuchen Widerstand leisten, die nationalen Interessen zu beschädigen und die sozialen Verhältnisse der Bürger zu verschlimmern“. Allgemein will sich die KSCM als die „prinzipielle Linke“ verhalten.

Die Verhältnisse auf der tschechischen linken Szene haben sich trotz der allgemeinen Verschiebung nach links paradoxerweise noch verschlechtert. Die KSCM-Leitung hat sehr fröhlich auf die überraschend schlechten Wahlergebnisse der kleinen linken Parteien Linker Block (1,4%) und Partei der demokratischen Linken (0,13%) reagiert.

„Schwere Niederlage für Abtrünnige und Spalter ... die Intriganten und Ränkeschmied ziehen aus dem Parlament ... Es wird eine Erleichterung für die Linke, daß sie verschwinden“ – das waren leider meistens die Reaktionen von KSCM-Vertretern. (E.H., Pilsen)

So sieht's die Wirtschaft ...

„Die von vielen berüchtete innenpolitische Instabilität hat am Wochenanfang ihre deutlichsten Spuren am Prager Devisenmarkt und am Aktienmarkt hinterlassen: Bereits kurz nach Eröffnung war die tschechische Krone im Handel zwischen den Banken um 2,2% gegenüber dem Schlußkurs vom Freitag gefallen. Die Zentralbank hat nach Informationen aus Bankkreisen massiv interveniert und die Krone durch Aufkäufe gestützt; der Verkaufsdruck scheint im Verlauf des Montags nachgelassen zu haben. Die Krone ist an einen Währungskorb aus zwei Dritteln D-Mark und einem Drittel US-Dollar gebunden mit einer Schwankungsbreite von plus/minus 7,5% gegenüber dem Mittelkurs von 27,860 \$ beziehungsweise 18,158 DM.“ (Handelsblatt, 4.6.96)

Die Sudeten-deutschen waren heuer sehr laut

In Nürnberg haben die 47. Sudetendeutschen Tage stattgefunden

Die Ansprüche, die über Pfingsten in Nürnberg an die Adresse der Tschechischen Republik erklangen – und zwar von den Vertretern der bayerischen Regierung, der Bundesregierung und der Sudetendeutschen Landsmannschaft – haben sowohl in der tschechischen politischen Szene als auch unter der Bevölkerung eindeutig negative Reaktionen erweckt. Laut der Meinungen der Herren Waigel, Stoiber und Neubauer muß die Tschechische Republik – unter der direkten Drohung, daß sie nicht in die Europäische Union aufgenommen wird – wirklich vieles tun: die „Verbrechen an Sudetendeutschen“ anerkennen und verurteilen, die sogenannten Benes-Dekrete beseitigen (das waren die Präsidentendekrete, die nach dem Krieg – bis zur Bildung des Parlaments – die Grundlage der Nachkriegsverhältnisse schufen), dann ermöglichen, daß die Sudetendeutschen ihr „Recht auf Heimat“ einschließlich ihrer Rückkehrverwirklichen können, und die Repräsentanten der Sudetendeutschen Landsmannschaft zu den Gesprächen mit der tschechischen Regierung einladen

Man muß sagen, daß die diesjährigen Ansprüche (oder besser die Art ihrer Aussage) während der 47. Sudetendeutschen Tage sehr scharf waren, obwohl man – zumindest in der Tschechischen Republik – das Gegenteil erwartet hat, und zwar mit Rücksicht auf



die kommenden Parlamentswahlen. Der tschechische Regierungschef Vaclav Klaus sagte, daß die Äußerungen von Theo Waigel in Nürnberg „unstatthaft und sehr unpassend“ seien und daß er „solche Aussprüche zu hören nicht bereit ist“. „Ich wünsche mir nicht, daß wir belehrt werden, was der Rechtsstaat und die Rechtsordnung sind, das brauchen wir nicht“, sagte Klaus.

Der tschechische Außenminister Josef Zieleniec erklärte, daß die Nachkriegsordnung für die tschechische Regierung verbindlich und der Partner für die tschechische Seite bei den deutsch-tschechischen Verhandlungen nur die Bundesregierung ist.

Selten einige waren sich – was die Reaktionen auf die Ansprüche der Sudetendeutschen Landsmannschaft be-

trifft – die Vertreter der tschechischen politischen Parteien, und zwar von links bis rechts. Es herrscht die Meinung, daß man die sudetendeutschen Ansprüche auf jeden Fall ablehnen muß. Z.B. meint der Vorsitzende der tschechischen Sozialdemokraten Milos Zeman, daß es „gerade Vaclav Klaus war, der mit seiner unsinnigen Außenpolitik, mit seiner Unfähigkeit, die Auslandsaktivität zu koordinieren, die Bedingungen für das gegenwärtige Verhalten der Sudetendeutschen und der Vertreter der bayerischen und der Bundesregierung schuf“.

Obwohl Vaclav Klaus und Konsorten behaupten, daß sie bei den deutsch-tschechischen Verhandlungen (über die sog. „gemeinsame Erklärung“) die tschechischen Interessen verteidigen, wächst in der Tschechischen Republik

das Mißtrauen. Die Behauptungen von Klaus sind konfrontiert mit diesbezüglichen Äußerungen deutscher Politiker. Friedrich Bohl z.B., der Chef des Bundeskanzleramts, sagte kurz vor den 47. Sudetendeutschen Tagen auf der Landesversammlung der SL in Hessen: „Sie können sicher sein, daß die Bundesregierung und Bundeskanzler Kohl als Regierungschef weiß, wie die Sudetendeutschen denken, weiß, welche Verantwortung die Bundesregierung gegenüber den Sudetendeutschen in besonderer Weise hat, und daß wir alles daran setzen werden, daß die Dankbarkeit, die wir den Sudetendeutschen schulden, auch bei Abschluß dieser Gespräche sichtbar wird.“ Man kann fragen, was alles dabei die Bundesregierung heute ausnutzen kann.

(E.H., Pilsen)

Militärputsch und soziale Kämpfe

Carim Hamed berichtet aus Paraguay

Die Vorgeschichte

Am 2. und 3. Februar 1989 stürzte General Andrés Rodríguez seinen „Kollegen“ Alfredo Ströbner. Während des Putsches starben einige hundert Menschen, deren genaue Zahl niemals bekannt gegeben wurde. General Lino Oviedo führte die Festnahme des Ex-Diktators, der heute in Brasilien lebt, durch, und General Rodríguez wurde Präsident Paraguays bis hin zu den Wahlen im Mai 1989.

Rodríguez wurde – wie rein zufällig – auch der gewählte Präsident. Er wurde es als Vertreter der „Partido Colorado“ („Farbige Partei“), die seit mehr als 40 Jahren ununterbrochen das Land regierte. General Lino Oviedo als einflussreichster Militär stand während des Putsches und der Regierungszeit an der Seite des neuen Präsidenten.

Die Colorado-Partei nominierte nach Ablauf der Mandates von Rodríguez einen neuen Mann: Juan C. Wasmosy, einen Ingenieur. Nach dessen Wahl zum ersten zivilen Präsidenten des Landes weitete sich der Einfluß Lino Ovidos bedeutend aus, der über fast alles seine Kontrolle im Staate ausübte. Der General wurde in der Colorado-Partei von einem starken Flügel, dem Senatoren und Abgeordnete angehören, unterstützt. Das konnte dem Präsidenten nicht unbedingt gefallen.

Der Oviedo-Flügel in der Colorado-Partei brachte im Parlament einen Antrag durch, der den Bau einer Brücke über den Paraná-Fluß zwischen Paraguay und Brasilien favorisierte. Unter den Unternehmen, die für den Bau der Brücke vorgesehen waren, befanden sich auch die des Präsidenten Wasmosy, die entstanden waren, als das Wasserkraftwerk Itaipú gebaut wurde, und die Wasmosy reich gemacht hatten. Kommentatoren sagen, daß das ein Motiv dafür ist, weshalb sich das Verhältnis Wasmosy – Oviedo verschlechterte.

Der Oviedo-Flügel begann, den Bau der Brücke und die Einbeziehung der Wasmosy-Firmen zu behindern. Das wurde durch Wasmosy selbst verhindert. Gleichzeitig verlor der Kandidat dieses Flügels während der internen Präsidentschaftswahlen in der Colorado-Partei gegen Luis Argana, der die Opposition in der Colorado-Partei anführt. Alles das konnte Lino Oviedo nicht sonderlich gefallen. Es wird gesagt, daß es zwischen Wasmosy und Oviedo zu heftigen Auseinandersetzungen kam. Wasmosy beschloß, sich von dem aufsässigen General zu befreien.

Am 22. April entband Wasmosy General Oviedo vom Posten des Oberkommandierenden der Armee und erklärte, daß der General mit Wirkung vom 15. Mai aus dem aktiven Militärdienst ausscheidet.

Der Kampf um die Macht in Paraguay und um den Platz an der Sonne, der sich vorerst ausschließlich in den Führungsspitzen abspielte, verschärfte sich und nahm zunehmend groteskere Züge an.

General Oviedo verschanzte sich in der Kaserne der 1. Armee und erklärte offen seine Ablehnung. Oviedo teilte dem Präsidenten mit, daß er das Armeekommando nicht abgeben wird. Der Konflikt war offen ausgebrochen. Wasmosy hielt sich in seinem Wohnsitz auf, der sich unweit der US-Botschaft

befindet, und wurde ständig begleitet von den Botschaftern der USA, Argentiniens, Brasiliens, Uruguays und dem katholischen Nuntius. Niemand wußte etwas Genaues. Es kursierten Gerüchte und Spekulationen. Die Presse berichtete unaufhörlich, und das Land begann, sich zu beunruhigen, und die Supermärkte füllten sich mit Menschen.

Guillermo Caballero Vargas, Präsident der Partei der Nationalen Versöhnung, dritte wichtige Partei in Paraguay und Favorit in der Hauptstadt, ging in die Öffentlichkeit, nachdem er sich mit dem Präsidenten getroffen hatte, um ihn zu unterstützen. Über Radio rief er die Mitglieder aller Parteien auf, auf die Straße zu gehen und die offiziellen Institutionen zu unterstützen. Der Aufruf fand sofort großen Widerhall. Andere Oppositionsparteien hielten sich zurück. Wasmosy sprach mit der Presse und erklärte, daß er keinen Aufstand und keine Drohungen akzeptieren werde. Die Konfrontation war perfekt.

Der Kampf um die Macht

Minister besuchten ihn, einige Abgeordnete gingen zu ihm. Der Vizepräsident des Landes versteckte sich – wie in einem Hollywood-Film – in einer Kaserne der Marine, nachdem er eine Information erhielt, daß ein Attentat gegen ihn geplant sei. Die Marine und die Luftwaffe unterstützten den Präsidenten. In dieser angespannten Situation verbrachte der Präsident Wasmosy eine Nacht in der Sicherheit der US-Botschaft, nachdem Oviedo gedroht hatte, ihn und seine Familie umzubringen.

Sowohl Wasmosy als auch selbst Oviedo wußten, daß Oviedo militärisch nichts ausrichten konnte. Die USA hatten 21 F16 Flugzeuge in Santa Cruz (Bolivien), einige Flugminuten entfernt von Asunción, stationiert.

Noch war es nur ein Konflikt zwischen rivalisierenden Gruppen. Die Menschen in der Stadt gingen auf die Straße, um die Demokratie und den demokratisch gewählten Präsidenten zu schützen.

Plötzlich erklärte Oviedo, daß er den Posten des Kriegsministers akzeptieren werde und er keineswegs die Absicht habe, zu putschen. Gleichzeitig annanzierte er, daß er das Oberkommando General Díaz Delmás übergeben werde. Einige Stunden später – die Tragikomödie näherte sich langsam ihrem Höhepunkt – bekräftigte Wasmosy die Ernennung des rebellierenden Generals. Das löste in der Bevölkerung große Entrüstung aus, und noch mehr Menschen gingen auf die Straße. Dieses Mal, um gegen den Präsidenten zu demonstrieren, der den putschenden General nun auch noch belohnen wollte. Das Volk lehnte den feigen Präsidenten und den putschenden General und ihren faulen Kompromiß ab. Wieder war es der Präsident der Partei der Nationalen Versöhnung, Caballero Vargas, der öffentlich verlangte, den Präsidenten Wasmosy gerichtlich zu verurteilen. Der Vizepräsident Seifart tauchte wieder auf und forderte im Namen seines Flügels in der Colorado-Partei, die Ernennung Ovidos rückgängig zu machen. Wasmosy stand plötzlich allein und ohne Unterstützung.

Es war der 25. April. Der Generalsekretär der OAS, César Gaviria, und der



Botschafter der USA, Service, forderten die Menschen auf, ruhig zu bleiben. Die Regierung der Vereinigten Staaten ließ bekanntmachen, daß sie jede Militärhilfe für die paraguayische Armee einstellen werde, wenn es eine weitere Zuspitzung der Lage geben sollte.

Für den nächsten Tag wurde die Ernennung General Díaz Delmas zum neuen Oberbefehlshaber der Armee festgesetzt, während dieses Aktes sollte ebenfalls Oviedo zum Kriegsminister ernannt werden. Präsident Wasmosy erschien als erster im Regierungspalast, vor dem sich auch eine große Anzahl Demonstranten versammelt hatte. Die Proteste der Jugend, Studenten und Gewerkschafter waren in der Nacht vor dem Parlamentsgebäude weiter gegangen und hatten schon Massencharakter angenommen. Wasmosy erklärte dem eintreffenden General Oviedo, daß er ihn nicht zum Kriegsminister ernennen werde und entfernte sich schnell. Die Bewachung des Regierungspalastes wurde verstärkt. Die bekanntwerdende Nachricht löste bei den Demonstranten Freude aus, und es kam zu Zusammenstößen mit den Anhängern Ovidos und der Polizei. Oviedo zog sich erzürnt in sein Refugium zurück und bereitete schnell eine Protestveranstaltung vor, auf der er erklärte, daß er dem Präsidenten dankbar sei, da er nun politisch frei agieren könne, und rief seine Kandidatur zur Präsidentschaftswahl 1998 aus, erwähnte jedoch mit keinem Wort, daß der Präsident ihn hereingelegt hatte. Vor dem Parlamentsgebäude jedoch hielten sich auch weiterhin Massen von Demonstranten auf, die den Sieg feierten und die Aufklärung der letzten Ereignisse forderten. Bei vielen Beobachtern blieben tiefe Zweifel über das Vorgehen des Präsidenten Wasmosy, der offenbar Ratschlägen seiner nächsten Umgebung dieser Tage gefolgt war.

Diesen Tagen der politischen Unruhe schlossen sich unmittelbar danach die internen Wahlen der Colorado-Partei an, in denen sich Argana durchsetzte und alle Rivalen sich anschließend zum großen Versöhnungsfest zusammenfanden.

Das Volk jedoch hatte ein weiteres Schauspiel des Kampfes um die Macht und den besten Platz an der Sonne erlebt.

Generalstreik für die sozialen Forderungen der Arbeiter und Bauern

Alle Ereignisse dieser Tage standen gleichzeitig unter dem Zeichen der Vorbereitungen der Gewerkschaften und der Bauernvertretungen auf den Generalstreik am 2. und 3. Mai in Asunción. Das erste Mal in der Geschichte des Landes hatten Gewerkschaften und Bauernvertretungen eine gemeinsame große Aktion vorbereitet. Die Gewerkschaften für bessere soziale Bedingungen und höhere Löhne und die Bauern für mehr Land und gegen die Verfolgung landarmer Bauern, die unbewirtschaftetes Land besetzen. Im Stadtbild erschienen nun neben den demonstrierenden Studenten und der Jugend Arbeiter und landlose Bauern, die ihren Protest gegen ihre soziale Lage offen äußerten. Es wurde in diesen Tagen klar, worum es in Paraguay eigentlich geht: Die Massen leiden und gehen für ihre sozialen Forderungen auf die Straße. Es gab Zusammenstöße mit der Polizei, was am zweiten Tag des Streiks zu einer noch größeren Beteiligung führte.

Paraguay durchlebte zwei Wochen angespannter politischer Ereignisse, die eines zeigten: Die Beteiligung des Volkes war vorher nie so deutlich wie in diesen Tagen. Über die Parteigrenzen hinweg gingen Jugendliche, Studenten, Arbeiter und Bauern auf die Straße und verteidigten die demokratische Institution des Präsidenten und demonstrieren während des Streiks Entschlossenheit und Kampfeswillen zur Durchsetzung ihrer gerechten sozialen Forderungen. Schließlich verhinderte das Volk einen Militärputsch, hoffentlich den letzten in der Geschichte unseres Landes, und verhalf einem unzufriedenen General zu seinem vorzeitigen Ruhestand. Es zeigte sich aber auch, daß die Zeit der Militärputsche in Lateinamerika vorbei ist. Weder die USA noch die anderen lateinamerikanischen Länder haben Interesse daran, neue Militärdiktaturen im politischen Leben ihrer Länder zu haben. Die USA bleiben auch weiterhin das Land, das in dieser Region der Welt die politischen Fäden spinnt.

Carim Hamed ist Journalist in Asunción - Paraguay

„Der Rassismus muß scheitern ...“

Interview mit Denis Goldberg, Kampfgefährte von Nelson Mandela, ANC

Denis Goldberg (63) war kürzlich auf Einladung des Arbeitskreises Frieden und Internationale Solidarität der IG Metall zu einer Vortragsveranstaltung in Augsburg. Goldberg, von Beruf Ingenieur, war 1963 gemeinsam mit Nelson Mandela zu einer mehrfach lebenslangen Haftstrafe wegen Unterstützung des ANC verurteilt worden. Nach 22 Jahren Haft – in einem Gefängnis für weiße politische Gefangene, denn auch die Haftanstalten unterlagen dem Apartheidssystem – wurde Goldberg 1985 freigelassen. Seitdem widmet er sich von England aus der Solidaritätsarbeit.

„In diesem Land wissen wir nicht viel über die aktuellen Lebensbedingungen in Südafrika. Viele von uns hoffen einfach, daß die Lage sich nach der Überwindung der Apartheid verbessert. Wie würden Sie die Situation nach der Verabschiedung der neuen Verfassung charakterisieren?“

Es ist jetzt zwei Jahre her seit den ersten freien Wahlen, die zur Amtseinführung von Präsident Mandela als ersten Präsidenten der ganzen Bevölkerung von Südafrika geführt haben. Niemand weiß ganz genau, wie groß die Bevölkerung ist, wir vermuten etwa 43 Millionen. Die jetzige Regierung ist durch Wahl von Parteien zustande gekommen; der ANC erhielt etwa 62 % der Stimmen. Die bisherige Verfassung sieht eine Regierung der nationalen Einheit vor, d. h. der Teilung der Macht. Das Kabinett setzt sich aus allen Parteien entsprechend ihrem Stimmenanteil in den Wahlen zusammen. Je 5 % Wahlstimmen garantierte ein Ministeramt im Kabinett. Die Verfassung, die jetzt von der gewählten Verfassungsgebenden Versammlung verabschiedet wurde, sieht etwas anderes vor. Das künftige Parlament wird einen Präsidenten und eine Stellvertretenden Präsidenten haben sowie einen offiziellen Oppositionsführer (entsprechend dem britischen Parlamentssystem), aber die Regierung wird künftig von der Mehrheitspartei gebildet. Mit anderen Worten, in Zukunft gibt es keinen Zwang zu einer automatischen Koalitionsbildung nach der Wahl, die 1999 stattfinden soll. Es wird nun eine politische Entscheidung entsprechend dem Wahlausgang sein. Der frühere stellvertretende Präsident F.W. de Klerk von der Nationalistischen Partei hat sich entschieden, daß seine Partei aus der Regierung der nationalen Einheit austritt und in die Opposition geht. Dadurch stellt jetzt der ANC die Regierung, zusammen mit einigen Mitgliedern der Inkatha-Freiheitspartei.

Für die Zukunft wird auch die Grundrechte-Erklärung wichtig werden. Die Grundrechte-Erklärung schützt das Eigentum, sie gibt aber auch dem Staat das Recht, Land zu enteignen, und zwar nicht nur für staatliche Zwecke wie Straßenbau, Eisenbahn, Elektrizitätsversorgung usw., sondern auch für die Umverteilung von Land. Hierfür müssen natürlich Vorschriften eingehalten werden, es muß ein ordentliches Verfahren geben, und es wird ein Preis dafür bezahlt.

Die Grundrechte-Erklärung garantiert den Arbeitern das Streikrecht. Durch einen komplexen Mechanismus gibt sie Arbeitgebern auch das Recht auf Aussperrung. Der Schutz des Eigentums ist nach meiner Auffassung wichtig, und internationale Investoren können in bezug auf ihre Investitionen beruhigt sein.

Die Struktur des künftigen Parla-

ments wird noch in anderer Hinsicht unterschiedlich sein. Es wird keinen Senat geben wie bisher, der nach einem sehr komplexen Verfahren direkter und indirekter Wahlen in jeder der neun Provinzen zustande kam. Der künftige Senat wird das Haus der Provinzen sein. Zehn Vertreter jeder Provinz werden die Gesetzgebung durch das Parlament überprüfen. Auf diese Weise sollen die Rechte und Interessen der Provinzen geschützt werden. Es wird mithin der Zwang zur Kooperation zwischen Bundes- und Provinzebene geben, wenn sich die unterschiedlichen Interessen nicht gegenseitig blockieren sollen. Es gibt natürlich ein Verfassungsgericht, das ist sehr wichtig. Wir haben erhebliche Fortschritte gemacht, die Ministerien funktionieren. Wir kämpfen immer noch darum, glaube ich, unsere Politik in die Wirklichkeit umzusetzen. Es gibt einen Mangel an ausgebildeten Verwaltungsfachleuten, die dazu in der Lage sind.

Man muß sich vergegenwärtigen, im alten Apartheidssystem gab es die Zentralregierung und vier Provinzregierungen sowie die verschiedenen Bantustan-Regierungen. Ihre Aufgabe war in erster Linie, für das Wohlergehen der gesamten weißen Bevölkerung zu sorgen, etwa 5 1/2 Millionen Menschen, dazu mehrere Millionen Farbige und Inder (nicht für alle von ihnen), ferner für die elementarsten Bedürfnisse der in den Städten lebenden Schwarzen – vor allem aber, um die etwa 35 Millionen Afrikaner zu überwachen und zu unterdrücken. Heute müssen wir für 43 Millionen Menschen ein komplettes Dienstleistungsangebot bereitstellen, und zwar in jedem Lebensbereich. Das bedeutet einen völlig neuen Ansatz für die Regierung von Südafrika. Es bedeutet neue Prioritäten. Man muß den Widerstand der alten Beamten überwinden, die ihre eigenen Methoden und Prioritäten hatten, wir brauchen neue Beamte mit anderen Auffassungen. Freunde in der Regierung sagen mir, daß einige von der alten Garde sich freuen, kreativ wirken und ihre Kenntnisse einbringen zu können; andere sind von der neuen Situation einfach überwältigt.

Bereits heute gibt es erhebliche Fortschritte. Das Ministerium für Wasserversorgung hat sich verpflichtet, für jede Familie sauberes Trinkwasser im Bereich von nicht mehr als 200 m von der Wohnung entfernt zur Verfügung zu stellen. In den Städten muß natürlich das Wasser dort sein, wo die Menschen sind, direkt vor der Tür. Aber in den halbstädtischen und ländlichen Gebieten ist die Vorstellung, Wasser in der Nähe zu haben, eine Art von Luxus. Viele Menschen sind es gewohnt, kilometerweit zu gehen, um Wasser vom Fluß oder einem See zu holen. Und es ist nicht einfach, sauberes Wasser auf diese Weise zur Verfügung zu stellen. In vielen Gebieten ist die Bevölkerungsdichte sehr gering. Die Elektrifizierung schreitet ebenfalls sehr zügig voran. Aber natürlich bedeutet das, daß die Familien Bargeld brauchen, um die Elektrizität nutzen zu können. Wenn sie Strom haben und bezahlen können, dann müssen sie nicht jeden Tag kilometerweit laufen, um das immer weniger werdende Holz zum Kochen zu holen, usw. Das ist sehr wichtig. Vor allem in den dichtbesiedelten Gebieten von Südafrika, in den Townships gibt es Millionen von Menschen, die ohne Wasser- und Stromversorgung gelebt haben. Sie haben Kohle im offenen Feuer benutzt,

und entsprechend gab es morgens über diesen Siedlungen Wolken von schwarzem Rauch, und viele Menschen haben seither ernsthafte Lungenkrankheiten. Die Elektrifizierung wird hier eine große Änderung bewirken. Die Lebensqualität wird erheblich gesteigert, wenn Strom zum Kochen und zur Beleuchtung zur Verfügung steht. Und wenn die Kinder zur Schule gehen, ist Beleuchtung sehr wichtig. Das ist lange bekannt, aber jetzt passiert etwas.

Im Ausbildungsbereich ist die Politik ganz klar, jedes Kind soll in die Schule gehen. Aber bei dem Mangel an Lehrern, vor allem an gut ausgebildeten Lehrern, bedeutet das, daß heute viele Schulklassen 60 oder 90 Schüler haben und einen halbausgebildeten Lehrer. Die Schulbildung ist also noch keineswegs gut. Aber die Kinder sind in der Schule, die Ziele sind vorhanden, und sie werden erreicht werden. Es ist ja sehr schwierig, schnell Lehrer auszubilden, wenn das Schulsystem selber so schlecht ist. Die Regierung arbeitet jetzt darum, die Unterschiede zwischen dem „schwarzen“, dem „indischen“, dem „farbigen“ und dem „weißen“ Schulsystem aufzuheben. Überall gab es unterschiedliche Bezahlung für ähnliche Tätigkeit; dieser Verwaltungsalptraum wird bereinigt, und jetzt muß man Lehrer ausbilden und Schulhäuser bauen.

Im Gesundheitsbereich gibt es zum ersten Mal überhaupt die Festlegung des Gesundheitsministeriums, daß alle schwangeren Frauen freie Gesundheitsversorgung erhalten. Das gleiche gilt erstmals für alle Kinder in den ersten sechs Lebensjahren. Das ist für Südafrika phänomenal. Jedoch gibt es nicht genug Kliniken, Schwestern und Ärzte, und das zeigt, wie weit der Weg noch ist, bis wir diese Ziele erreichen. Die Entwicklung hat begonnen, sie dauert natürlich noch einige Jahre, aber so könne wir die Situation überwinden, daß in einigen ländlichen Gebieten jedes zweite Kind gestorben ist, ehe es fünf Jahre alt war, etwa in der Ciskei. Auch in den Townships mit sehr dichter Bevölkerung und sehr niedrigen Einkommen ist früher ein Drittel aller Kinder in den ersten fünf Lebensjahren gestorben. Die Statistiken für die Vergangenheit sehen furchtbar aus, aber es gibt Hoffnung für die Zukunft.

„Sie haben eine lange persönliche Geschichte als Mitglied des ANC. Aus welchen Gründen haben Sie sich entschieden, das Land zu verlassen?“

Es ist nicht leicht zurückzugehen, nachdem man im Exil gelebt hat. Und jetzt habe ich meine Familie bei mir, nachdem ich lange Jahre keine Familie hatte. Das ist sehr schön. Wenn wir uns damals entschlossen hätten, in Kapstadt zu bleiben und nicht nach Johannesburg zu gehen, wo ich verhaftet wurde und dann im Rivonia-Prozess zu viermal lebenslanglich verurteilt wurde, wenn wir diese Entscheidung nicht kollektiv mit meiner Organisation getroffen und festgelegt hätten, daß meine Frau mit den Kindern ins Exil gehen sollte, das war 1963, dann würde ich jetzt nicht im Exil leben. Aber so ist es gekommen, und als ich 1985 aus dem Gefängnis freikam, bin ich zu meiner Familie gezogen, habe im ANC-Büro gearbeitet, habe landesweite Solidaritätsarbeit gemacht und verschiedene andere Sachen für den ANC. Wir wohnen jetzt natürlich hier, unsere Kinder sind hier aufgewachsen, hier zur Schule gegangen, sie

haben hier studiert und arbeiten hier. Wir haben Enkel, und glauben Sie mir, es ist sehr schön, Familie zu haben. Wenn wir nach Hause gegangen wären, nach Südafrika, dann hätte es sein können, daß ich in Gremien des ANC gewählt worden wäre, ich würde womöglich einer Provinzregierung oder der Bundesregierung angehören, Beamter sein oder dergleichen. Aber auch was ich jetzt mache, scheint mir sehr hilfreich zu sein. Ich war in der Lage, einige recht große Investitionen zu organisieren, ich konnte mithilfe des Fonds, den ich zusammen mit Freunden in Großbritannien geschaffen habe, Wirkung erzielen, und wir gründen gerade eine entsprechende Organisation in Deutschland. Wir leisten substantielle Unterstützungsarbeit für den Wiederaufbau und die Entwicklung. Und das macht mir viel Spaß, ich gehe darin auf.

„Sie haben ein eigenes Entwicklungsprojekt aufgebaut, Community H.E.A.R.T., worum geht es dabei?“

Community heißt Gemeinde oder Gemeinschaft, „H.E.A.R.T.“ ist die Abkürzung für „Health, Education and Reconstruction Training“, also Gesundheitswesen, Ausbildung und Wiederaufbau-Training. Wir haben eine Reihe von Partnern, die Medizinische Universität des Südlischen Afrika, Medunsa, die nördlich von Pretoria liegt. Es ist historisch eine schwarze Universität, heute natürlich für alle Studenten offen. Die Studenten kommen aus der Umgebung, aus einem Gebiet, das ländlich genannt wird, in dem aber insgesamt etwa eine Million Menschen leben. Es gibt ein Lehrkrankenhaus, aber darüber hinaus kümmert sich die Medizinische Universität von Südafrika, Medunsa, auch um die Gesundheitsversorgung im Umland, mit Kliniken, auch mit mobilen Kliniken, und sie bringt die Bevölkerung zur Universität, um sie gesundheitlich zu versorgen und damit die Studenten erfahren, mit welchen Problemen sie nach ihrer Ausbildung zu tun haben werden. An der Universität werden Ärzte, Krankenpfleger und alle anderen Gesundheitsberufe ausgebildet. Wir haben für diese Universität eine mobile Klinik angeschafft oder diese Anschaffung unterstützt, die in die Umgebung zu der Bevölkerung fährt, die sonst völlig ohne Gesundheitsversorgung wäre.

Wir helfen auch beim Unterricht von Mathematik und Naturwissenschaften, wir wollen einen „Mathematik- und Naturwissenschaftswagen“ einrichten, mit dem zwei gut ausgebildete Lehrer zu zehn Schulen fahren werden. An jeder dieser weiterführenden Schulen werden jede zweite Woche fünf Klassen einen Tag lang unterrichtet ...

Wir helfen der Tiermedizinischen Fakultät mit ihrem Legehennenprojekt im Rahmen der Ernährungsversorgung. Die Familien kaufen die Hennen und das Futter auf Kredit und bezahlen sie ab, wofür sie einige der Eier verkaufen. Aber dieses Projekt bedeutet, daß die beteiligten Familien und vor allem die Kinder an der Kleinproduktion teilnehmen und Proteine erhalten, die für die intellektuelle Entwicklung absolut notwendig sind. Ein ähnliches Projekt gibt es mit Ziegen – eine besondere Züchtung ist in der Lage, unter halb wüstenähnlichen Bedingungen zu überleben.

Wir haben ein weiteres Projekt, in dem wir eine Organisation zur Bewältigung der Krise nach Vergewaltigungen unterstützen. Diese Organisation, eine Frauenorganisation, hat ihren Sitz in

Kapstadt. Sie bildet Beraterinnen aus, an die sich die Opfer sexueller Gewalt wenden können, Frauen und auch Kinder. Diese Organisation scheint Frauen dabei helfen zu können, mit den Folgen fertig zu werden. Es wird viel Aufklärungsarbeit zu diesem Thema geleistet, damit sich die Einstellung der Gesellschaft in diesen Fragen wandelt. Sie unterrichten z.B. Staatsbedienstete, Polizeibeamte, Polizeiärzte, Staatsanwälte, wie sie vermeiden können, die Opfer sexueller Gewalt im Zuge der Ermittlungen und des Prozesses ein zweites Mal zu Opfern zu machen. Die Organisation arbeitet mit vielen anderen Frauenorganisationen und öffentlichen Einrichtungen zusammen. In Kapstadt gibt es jetzt bei Gericht eine Kammer, die ausschließlich für die Fälle sexueller Gewalt zuständig ist. Hier scheinen die Ermittlungen viel erfolgreicher zu sein als bei den anderen Gerichten.

Ein anderes Projekt, zusammen mit dem Kunstmuseum von Johannesburg. Dort wurden vor einiger Zeit Kinder von der Straße geholt, vor allem schwarze Kinder, die sonst nie Gemälde zu sehen bekommen oder die Möglichkeit zum Malen haben würden. Sie erhalten Kunstunterricht und können jederzeit in die Malecke kommen, um zu malen oder zu zeichnen. Europäern kommt natürlich die Vorstellung, daß man dafür eine eigene Ecke im Museum braucht, absurd vor, weil jedes Kind Farben und Papier hat. Aber in Südafrika ist die Situation anders. Schließlich ist etwa die Hälfte der Bevölkerung völlig ohne Arbeit und besitzt kein Land, von dem sie leben könnte. Für Kinder ist es unter solchen Lebensbedingungen sehr schwierig. Und es macht Kindern Spaß, die Welt zu entdecken. Wir möchten das unterstützen, und darum finanziert Community H.E.A.R.T. jetzt bereits Kunstunterricht für fünfzig Kinder, einmal in der Woche, für ein ganzes Jahr. Das würde ausreichen. Und es zeigt sich, daß diese Kinder in der Schule besser zurecht kommen als andere Kinder aus gleichen sozialen Verhältnissen. Wir wissen nicht genau, warum das so ist, vielleicht durch die neue Möglichkeit, sich auszudrücken, oder einfach weil sie mehr Selbstbewußtsein haben, weil man sich mit ihnen beschäftigt. Jedenfalls macht es ihnen Spaß, und sie haben Interesse daran.

? Sehen Sie eine besondere Aufgabe der deutschen Gewerkschaften in diesem internationalen Projekt?

Ich bin davon überzeugt, daß Gewerkschaftsmitglieder eine wichtige Rolle bei der Hilfe für Community H.E.A.R.T. spielen können. Gewerkschafter haben einen klaren Begriff davon, wie wichtig es ist, daß das Volk von Südafrika über die Apartheid siegt. Der Rassismus muß scheitern und damit auch das rassistische Bestreben, durch Unterdrückung zu billigen Arbeitskräften zu kommen. Wenn es für die Menschen möglich ist, einen vernünftigen Lebensstandard zu haben, dient das den Interessen von Frieden und Stabilität und nützt damit auch der Arbeiterbewegung.

Aber darüber hinaus möchte ich die Organisationen von Lehrern, Universitätsdozenten, Ärzten, Krankenschwestern, Zahnärzten usw. Dazu aufrufen, uns bei unseren breit gefächerten Projekten zu helfen. Das gilt auch für Frauenorganisationen, Leselernprogramme für Erwachsene usw.

Handels- und Industrieverbände, Banken und Fabrikanten können uns ebenso helfen – zum einen, um eben zu helfen, wie es großzügige Menschen tun, zum anderen, um zu wirtschaftlicher Stabilität in Südafrika und im ganzen südlichen Afrika beizutragen. Auf diese Weise können sich die Wirtschaftsbeziehungen entwickeln.

Die Fragen stellte Michael Friedrichs

Wahlen in Israel

Grundsätzlich hat sich nicht viel geändert

Gewinner sei die Hamas, meinte Marcel Pott vom *Westdeutschen Rundfunk* in einem ersten Kommentar, nachdem sich herausgestellt hatte, daß nicht die favorisierten Arbeitspartei-Anhängerinnen gewonnen hatten, sondern die mit den Likud-Kräften verbündeten Nationalreligiösen. So als wenn bislang die israelische Siedlerbewegung, die extreme zionistische Grundstimmung in Israel und die keineswegs moderate Linie der bisherigen Rabin-Peres-Regierung keine Bedeutung in der arabisch-israelischen Auseinandersetzung gehabt hätten. Erst die von Hamas aus den wenig strategisch begründeten Attacken auf die israelische Bevölkerung provozierte neue/alte „Sicherheitsdiskussion“ in Israel hätte also den Ausschlag gegeben.

Das ist keineswegs mit den Realitäten in Übereinstimmung zu bringen; in einem Interview kurz vor den Wahlen dementierte Peres noch jedes Aufgeben von Jerusalem: „Wenn Sie meine Reden seit 1947 (!) nachlesen, finden Sie nicht eine Anspielung auf irgendeine Teilung der Stadt.“ Und kurz vor den Wahlen bekämpfte das israelische Militär erneut den gesamten Libanon, um sich als wehrfähig zu erweisen – nicht sehend, daß die Hizbollah noch nie so lange Widerstand leistete und auch jetzt imstande ist, kontrollierte Schläge im Norden Israels auszuüben.

Was war bislang eigentlich zu Israels Ungunsten entschieden worden? Nirgendwo in den sogen. Autonomieverhandlungen stand das Selbstbestimmungsrecht für PalästinenserInnen zur Debatte; nirgendwo ging es um wirtschaftliche Autarkie für die noch immer teilbesetzten Gebiete Gaza und Westbank; nirgendwo ist eine israelische Siedlung bislang geräumt worden. Von den Fragen nach den politischen Gefangenen, nach den palästinensischen Flüchtlingen von 1948 und danach, die in arabischen Ländern auf Rückkehr warten, ganz zu schweigen.

Wo also liegt der Unterschied zwischen den beiden Blöcken in Israel? Das Original sei besser als die Kopie, wird behauptet – also warum also nicht

gleich den Likud nehmen, der allerdings auch mit Ägypten einen sogenannten Friedensvertrag geschlossen hat. Auch mit Syrien würde sich der Likud einigen können, wenn die Rahmenbedingungen stimmen, die die USA setzen werden. Und mit der PLO weiterzukommen, wird eher einfach sein, denn Arafat ist zum Sklaven seiner ehemaligen israelischen Kontrahenten geworden, die Widerstandskräfte innerhalb und außerhalb der PLO sind schlecht organisiert und haben bislang keine Strategie entwickeln können. Die Rede von einer neuen Intifada soll Israel allenfalls davon abhalten, noch weitere Verträge zu brechen (wie z.B. den Abzug aus Hebron).

Elementar an diesen Wahlen waren die Zugewinne bei den ultra-nationalistischen Kreisen in Israel; die neu angestretene Einwanderungspartei, der sogenannte Dritte Weg und andere werden zukünftig einen größeren Einfluß haben, nachdem die großen Parteien der beiden Blöcke gleichsam Stimmenverluste hinnehmen mußten. Diese weitere Verschiebung hin zu den intransigenten Kräften schafft natürlich Raum für mehr Forderungen der Siedlergruppen; ein zusätzlicher Beweis, daß Yigal Amin nicht aus einer individuellen „Bewegung“ heraus Rabin erschossen hatte, sondern daß die fundamentalistischen Kreise großen Zulauf haben. Auch das Grab des Mannes, der das Massaker in Hebron anrichtete, ist Wallfahrtsstätte. Weitere sogenannte „versehentliche Erschießungen“ von zwei Palästinensern durch israelisches Militär wie am 6.6.96 passen in dieses Bild.

In einem weiteren Punkt wird die derzeitige Entwicklung auch vom Likud fortgesetzt werden: Die neu engagierten Sklaven, die die palästinensischen Arbeitskräfte ersetzen und von Rumä-

nien bis Bangladesh kommen, werden weiterhin die Drecksarbeit leisten und dazu beitragen, daß die israelische Wirtschaft mehr und mehr auf sie zurückgreift.

Soweit das Bild Israels nach den Wahlen neu gewichtet werden mußte, hat sich an der grundsätzlichen Konstellation wenig geändert; lediglich das Gewicht der fundamentalistisch-zionistischen Kräfte ist deutlicher zum Vorschein getreten. An den zukünftigen außenpolitischen Prioritäten wird sich nicht viel ändern – hier werden einmal mehr die USA den Prozeß bestimmen und – nach wie vor – Rücksicht nehmen müssen auf ihr Bollwerk im Nahen Osten; innenpolitisch wird das alte zionistische Muster des „auserwählten Volkes“ noch deutlicher hervorgekehrt werden als bisher schon. Damit werden die Arbeitsbedingungen für Gruppen wie z.B. das „Alternative Informationszentrum“ schwieriger werden.

Die arabischen Staaten sind schon lange auf der Verliererstraße und können den Prozeß in Israel seit langem nur beobachten; in ihn einzugreifen und ihn zu korrigieren, haben sie noch nie vermocht.

Die Wahlen in Israel – ein Gewinn für die reaktionäre Front. Diese Tendenz ist auch in anderen, westlichen Staaten er-



Einsatz der israelischen Armee gegen palästinensische Jugendliche

Krieg gegen die Jugend

Ausgangssperren in den USA

Ende Mai hat Präsident Clinton in einer Rede vor dem Frauenkongreß einer christlichen Gemeinde in New Orleans die Großstädte in den USA dazu aufgefordert, Ausgangssperren für Jugendliche ab 8 Uhr abends zu verhängen. Er priert Ausgangssperren als eine Maßnahme zur Bekämpfung der Jugendkriminalität. Das war offensichtlich Clintons Antwort auf das Verlangen seines Rivalen um die nächste US-Präsidentschaft Bob Dole nach noch härterem Durchgreifen gegen Kriminelle und für den Bau von immer mehr Gefängnissen.

Clinton hat sich wohl New Orleans deshalb für seine Ankündigung ausgesucht, weil dort seit Sommer 1994 das strikteste Ausgangsverbot gegen Jugendliche unter 17 Jahren in Kraft ist und laut Polizeistatistiken erfolgreich ist. Die Jugendkriminalität sei im ersten Jahr nach der Einführung der Ausgangssperre um 27% gesunken. Das volle Ausmaß der Kriminalität zeigt sich in den drei größten Sozialwohnungskomplexen in New Orleans mit 5 000 Bewohnern: Im Jahr vor der Ausgangssperre wurden 47 Menschen – das ist fast jeder Hundertste – ermordet. 1995 nach

Einführung der Ausgangssperre waren es 12. Die Situation in den Armenvierteln ist so schlimm, daß die Leute nicht wagen, ihre Kinder auf die Straße zu lassen aus Angst, daß sie zwischen die Fronten von Gangs geraten, die mit automatischen Waffen um Drogenreviere kämpfen.

Allgemein wird jedoch der Nutzen von Ausgangssperren in der bürgerlichen Presse eher skeptisch gesehen. Laut Statistik des Justizministeriums haben in den letzten Jahren 75% aller Großstädte über 100 000 Einwohner sich in Ausgangssperren versucht. Jedoch, über einen dauerhaften Rückgang der Jugendkriminalität über den allgemeinen Rückgang der Gewaltkriminalität hinaus ist nichts zu hören. Beide Präsidentschaftskandidaten nutzen in übelster Weise die verzweifelte Lage der Menschen in den Armenvierteln aus, um Polizeistaatsmethoden einzuführen, die sich letztendlich gegen diese Leute richten werden.

Ein kürzlich erschienenes Buch von Mike Males mit dem Titel *The Scapegoat Generation* (Die Sündenbock-Generation) stellt fest, wieviel leichter es sei,

auf das „Teenbiest“ einzuschlagen, als über die wirklichen Förderer von Gewalt zu reden, nämlich Armut und Krieg. Jawohl, die Mordraten von 13-19-Jährigen haben sich im letzten Jahrzehnt verdoppelt, und Verhaftungen wegen Gewalttaten sind um 70% gestiegen. Es ist auch wahr, daß 135 000 Schulkinder Schusswaffen in die Schule mitbringen. Jedoch, all dies seien vorhersagbare Folgen der Verdopplung der Jugendarmut in den letzten 20 Jahren. Erwachsene in der gleichen Armutssituation seien vergleichbar gewalttätig.

Das Ausmaß der Jugendarmut ist durch Statistiken eindeutig belegt:

(a) 21% aller Kinder in den USA, 15,3 Millionen, leben in Armut. Das ist drei bis fünfmal so hoch wie die Rate in westeuropäischen Staaten.

(b) In vielen amerikanischen Städten ist die Kinderarmutsrate höher als 35%. Unter afro-amerikanischen Kindern ist sie über 50%. 10 Millionen Kinder haben keine Krankenversicherung.

(c) 31% aller jungen Familien haben Einkommen unter der Armutsgrenze.

(her, ger)

10 000 bei kurdisch-alevitischem Fest

Verbot erstmals seit Monaten gerichtlich abgewehrt

Essen. Über 10 000 Kurdinnen und Kurden beteiligten sich am 1.6.1996 an einem Konzert mit bekannten kurdischen und türkischen Musikern in die Essener Grugahalle. Mit dem Konzert brachten sie auch ihre Solidarität mit der in der Türkei verbotenen Zeitung „Demokrasi“ und mit den kurdischen politischen Gefangenen und deren Familien zum Ausdruck. Die Veranstaltung des Alevitischen Kulturzentrums Dortmund und Umgebung, eines eingetragenen Vereins, war seit Monaten die erste Großveranstaltung von Kurden im „rot-grün“ regierten Nordrhein-Westfalen, die stattfinden konnte. Sie verlief friedlich und ohne Störungen.

Ursprünglich war die Veranstaltung schon im März geplant, zum kurdischen Newroz-Fest. Damals wurde sie unter Verbotsdruck verschoben. Auch diesmal wollte die Essener Polizei verbieten: Zwei Tage vor der Veranstaltung erhielten die Veranstalter eine Verbotsvorstellung, weil das Konzert angeblich von der PKK als politische Plattform genutzt werden sollte. Auf Antrag der Veranstalter hob das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen das Verbot jedoch wie-

der auf. Die Verbotsvorstellung, gegenüber dem Verwaltungsgericht ergänzt durch eine umfangreiche Akte, beruhte ausschließlich auf vagen Aussagen von Verfassungsschutz-Spitzeln. Ein Fernschreiben des Verfassungsschutzes spricht z.B. lediglich von „einer in der Regel zuverlässig berichtenden Quelle“. Das reichte dem Gericht nicht. In einer Eilentscheidung hob es das Verbot auf.

In der Begründung der Eilentscheidung rügt das Gelsenkirchener Verwaltungsgericht recht deutlich die Willkür der Verbotspolitik des Staatsschutzes. Es stellt fest, daß die „Erkenntnisse“ der Polizei „weder in der Verbotsvorstellung substantiiert noch durch die Verwaltungsvorgänge hinreichend belegt“ sind. Trotz gerichtlicher Nachfrage konnte die Polizei „weitere Erkenntnisse des Verfassungsschutzes nicht gerichtsverwertbar vermitteln“. Abschließend heißt es in der Begründung: „Die Formulierung der Verbotsvorstellung ‘die Polizei wird aufgrund der gegenwärtigen Sicherheitslage jede Veranstaltung sowohl unter freiem Himmel als auch in der Halle verbieten und ggfs. auflösen’ ebenso wie die Begrün-

dung der Anordnung der sofortigen Vollziehung indizieren im übrigen, daß der Antragsgegner eine am hohen Rang der Grundrechtsverbürgung orientierte angemessene Ermessensbetätigung nicht vorgenommen hat.“

Die Essener Polizei verzichtete denn auch darauf, die zweite Instanz überhaupt anzurufen. Stattdessen wurde an der Halle ein großes Polizeiaufgebot aufgeföhrt, die einzelnen Teilnehmer wurden durchsucht. Trotzdem mußten sich die in der Halle anwesenden Kontaktpersonen wiederholt über kurdische Fahnen, Bilder vom PKK-Vorsitzenden Öcalan und Schlipse mit „PKK-Symbolen“ beim Veranstalter beschweren. Die Grugahalle mußte währenddessen wegen Überfüllung geschlossen werden.

Im Nachgang versuchte die Polizei ihre Schlappe durch eine gezielte Presseberichterstattung auszubügeln. Ihre Befürchtungen seien jedenfalls vollständig berechtigt gewesen, so der Tenor. Warum die Veranstaltung nicht aufgelöst wurde? „Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit und der großen Teilnehmerzahl verzichtete die Polizei“, heißt es in einer Presseerklärung der Po-

lizei. Dabei ist es nur der Umsicht der Veranstalter zu verdanken, daß das Fest trotz der provozierenden Polizeikontrollen friedlich und ohne jeden Zwischenfall verlief. Auch der Veranstalter hatte mit dem großen Andrang nicht gerechnet.

Immerhin sprach sich auch der Kommentator der WAZ am 3.6.1996 gegen das als PKK-Verbot bezeichnete Verbot kurdischer Organisationen und Vereine aus – allerdings aus Gründen der Opportunität und nicht ohne der PKK die Beteiligung am Drogenhandel unterzuschreiben.

Durch die Auseinandersetzung unvorhersehbare Aktualität erhielt die Veranstaltung eines Bündnisses mehrerer Essener Organisationen gegen die Kriminalisierung von Kurdinnen und Kurden, darunter Bündnis 90/Die Grünen, PDS und Pro Asyl/Flüchtlingsrat. 70 Teilnehmer diskutierten mit Rechtsanwalt Eberhardt Schulz, die PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke, Volker M. Hügel vom Flüchtlingsrat NRW und einem Vertreter von Yek-Kom und forderten die Aufhebung des PKK-Verbot.

syb, wof



Vor 4 Wochen verbot das Innenministerium NRW eine kurdische Hochzeit im westfälischen Steinhagen. Die Hochzeitsgäste wurden verhaftet und ermittlungsdienstlich erfaßt. Das Fernsehen (Bild links) berichtete. Bild rechts: Veranstaltung in Essen.



Köln. Mit einem Solidaritätshungerstreik wollen etwa 20 Demonstranten auf den Hungerstreik von über 1500 politischen Gefangenen in der Türkei und im türkischen Teil Kurdistans aufmerksam machen. Der Solidaritätshungerstreik findet seit dem 6. Juni statt, mit ihrer Protestaktion fordern die Hungerstreikenden auch dazu auf, die Forderungen der kurdischen und türkischen Gefangenen in der Türkei zu unterstützen und diese Unterstützung in Protesterkklärungen an die türkische Regierung zum Ausdruck zu bringen.

uld

Stadtrat unterstützt Widerstand gegen Kahlschlag

Essen. Auf Initiative der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen und mit den Stimmen der Mehrheitsfraktion SPD hat der Essener Stadtrat am 29.5.1996 eine Resolution gegen die Politik des sozialen Kahlschlages verabschiedet. Im Rat gibt es also eine Mehrheit gegen eine Politik der „Umverteilung von unten nach oben“. Ausdrücklich fordert der Rat auch die Essener Bundestagsabgeordneten auf, im Bundestag „im Sinne dieser Resolution“ zu stimmen.

Auffällig ist allerdings, daß die Resolution die Streitpunkte in der Tarifausschließung im Öffentlichen Dienst ausspart: Weder die „Nullrunden“-Forderung der öffentlichen Dienstherren, zu denen ja auch die Kommunen gehören, noch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall werden thematisiert, obwohl beides Bestandteile des Paketes „sozialer Grausamkeiten“ sind. Zufall? Und warum sollen sich die Kommunen mit einer Kompensation möglicher Einnahmeverluste durch die angestrebte Streichung der Gewerbesteuer zufrieden geben, obwohl die Gewerbesteuer die einzigen Steuern sind, auf deren Höhe die Kommunen direkt Einfluß haben?

Aufstehn
für Arbeit und
soziale Gerechtigkeit



Die Resolution – sie fand in der Tagespresse kaum Beachtung – verschafft dem Widerstand gegen die Politik der Bundesregierung Raum. Abzuwarten bleibt, ob sie sich z.B. auch in der Auseinandersetzung um den kommunalen Haushalt 1996 niederschlägt. Denn auch hier gibt es ja Umverteilung und soziale Ausgrenzung.

wof

Grüner Kämmerer auf einseitigem Sparkurs

Frankfurt. Am 23. Mai referierte Tom Koenigs auf Einladung von Bündnis 90/Die Grünen im Nordend über das Thema „Finanzkatastrophe der Stadt Frankfurt“. Die Veranstaltung hatte den Charakter einer offenen Mitgliederversammlung. Davon, daß wenige Tage zuvor die Ratsfraktion der Grünen den von Koenigs vorgelegten Kommunalaushalt 1996 in der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt hatte, war in der Diskussion nur wenig

Aktion gegen Abschiebe-Haft

Bundesweite Demonstration in Büren

Köln. Ca. 3.000 Menschen demonstrierten an Pfingstsonntag gegen Abschiebeknäste im nordrhein-westfälischen Büren. Die meisten Busse mit DemonstrantInnen kamen aus dem Rheinland und aus dem Ruhrgebiet, andere reisten aus Hamburg oder Frankfurt an. In Büren angekommen, wurden zunächst die Busse von der Polizei gefilzt. In einigen Bussen kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Staatsgewalt und DemonstrantInnen, woraufhin die „Sicherheitskräfte“ alle Leute aus einem Bus vorübergehend festgenommen haben.

Der Demonstrationzug zog zunächst zu dem größten Abschiebeknast der BRD. Dieser Knast liegt abgeschottet im Wald, ca. sechs Kilometer von dem Städtchen Büren entfernt.

Diese Betonfestung, mit Stacheldraht umgeben, müßte eigentlich vermuten lassen, es würde sich um einen Hochsicherheitsknast für Schwerstkriminelle handeln. In Wirklichkeit sitzen Menschen in diesem Knast, die überhaupt nichts verbrochen haben. Die BRD sperrt diese Menschen ein, weil sie vor Hunger, Verfolgung und Folter geflohen sind!

Die DemonstrantInnen übersandten den Inhaftierten Solidaritätsgrüße in vielen Sprachen, türkisch, kurdisch, spanisch, englisch, französisch und anderen. Der Staat hat, um diese Unrechtseinrichtung zu schützen, aufgerüstet. Alle zwei bis drei Meter standen hinter dem Stacheldraht PolizistInnen im Kampfanzug, auf dem Knastgelände standen gepanzerte Wasserwerfer bereit. Trotzdem konnte der Draht um den Knast symbolisch und an einer Stelle von den DemonstrantInnen



aufgetrennt werden. Nach der Aktion am Knast gab es einen Demonstrationzug durch Büren, auch hier war der Weg der Protestierenden von hochgerüsteten PolizistInnen gezäumt. Auf dem Marktplatz fand eine Kundgebung statt, bei welcher die Redner verschiedener Flüchtlingsorganisation die AusländerInnen- und Asylpolitik der BRD scharf kritisierten.

Klaus der Geiger aus Köln stieß mit seinen Liedern zwischen den Redebeträgen auf große Begeisterung bei den ZuhörerInnen. Weit aus weniger Begeisterung, dafür ein kleines Pfeifkonzert, erteilte ein Redner von Bündnis 90 / Die Grünen. Seine edlen Absichten in Ehren, doch eine Regierungspartei, die solche menschenverachtenden Einrichtungen mit trägt und mit verantwortlich, muß damit rechnen, bei den DemonstrantInnen nur auf ein begrenztes Verständnis zu stoßen.

Nach der Kundgebung kam es dann zu einem Protestmarsch durch die Gemeinde, dieser bezweckte die Freilassung der nach Polizeigesetz gefangenen DemonstrantInnen. Nach Verhandlungen und einigem Hin und Her mit der Polizei konnten die DemonstrantInnen gegen 19.00 Uhr vollzählig nach Hause fahren.

aus Lokalberichte Köln, MW

Bundeskongreß der VVN/BdA

Delegierte streben breites Bündnis im Widerstand an

Braunschweig. Deutschlands Antifaschisten sind dabei, wenn am 15. Juni in Bonn gegen Sozialabbau, die Umverteilung von unten nach oben und die Vernichtung des Sozialstaates massenhaft demonstriert wird. Dies geschieht vor dem Hintergrund der Erfahrung über den Niedergang der Weimarer Republik und dem Aufkommen des Faschismus.

Daß Hitler kein Betriebsunfall der Geschichte war, daß er eine Vorgeschichte und anhaltende Nachwirkungen hatte, war Gegenstand gründlicher analytischer Betrachtungen auf dem Bundeskongreß der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten, der am Wochenende 1./2. Juni in Braunschweig tagte. Ausgehend vom Auftrag des Schwurs von Buchenwald: „Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln“, legte der Referent der Tagung, Professor Martin Bennhold (Osnabrück), die Entwicklung des völkischen Nationalismus als ideologische Grundlage des deutschen Faschismus dar. In der anschließenden Diskussion wurde die Aktualität dieses Themas beklammend deutlich.

Auf dem Kongreß waren die Verfolgtenorganisationen aus Ost- und Westdeutschland in ihren Aussagen bemüht, Impulse für die Zusammenarbeit von VVN-BdA (West) und IVVdN – Verband der Verfolgten und Bund der Antifaschisten (beide Ost) zu geben. Kurt Goldstein, der Ehrenpräsident der IVVdN, teilte mit, daß IVVdN und BdA sich unter ein gemeinsames Dach begeben. Auch mit der VVN-BdA soll das Verhältnis enger gestaltet werden. Auf dem Kongreß präsentierte sich ein neuer Landesverband der VVN, Land Berlin. Der Vorsitzende des BdA, Prof. Heinrich Fink, bekannte sich zu dem schon zu DDR-Zeiten begonnenen antifa-

schistischen Kampf, der sich gegen alles Unmenschliche richtet. Er verurteilte die Totalitarismusthese als eine Verfälschung der Geschichte des Faschismus und Antifaschismus.

Auch die Autonome Antifa (M) und die Opfer des Kalten Krieges in Westdeutschland kamen auf dem Kongreß zu Wort.

Bundessprecher P.C. Walther zog Bilanz aus den vergangenen zwei Jahren. Als besonders positiv wertete er die Aktivitäten zum 50. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg am 8. Mai 1995. Daran gelte es anzuknüpfen und weiterzuarbeiten. Für die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten steht fest: Es darf kein Schlußstrich gezogen werden. In seiner politischen Entschließung betonte der Kongreß dann auch: Antifaschismus bleibt die verpflichtende Aufgabe, mehr denn je!

Schließlich beriet der Kongreß zu Fragen der Entschädigung von NS-Opfern, die auch 50 Jahre nach der Befreiung noch nicht endgültig gelöst ist. Gefordert wurde die Rehabilitierung der Opfer der NS-Wehrjustiz. Ferner ist die IG Farben i.L. endlich aufzulösen, das Geld dieses „Blutkonzerns“ den Opfern zu geben. Verurteilt wurde, daß im Zusammenhang mit der „sudetendeutschen Diskussion“ versucht werde, aus dem

Land der Opfer des Faschismus Tschechien ein Land zu machen, das Geld an das Land der Täter zu zahlen habe.

Die 138 Delegierten – nahezu 60 Prozent sind nach 1945 geboren – wählten einen SprecherInnen- und Sprecherkreis, dem Aufträge zur Vorbereitung des 50. Geburtstages der VVN im März 1997 mit auf den Weg gegeben wurde.

Bundesausschuß der VVN/BdA



zu spüren. Der Kämmerer setzte sich vor allem kritisch mit den am 22.5. veröffentlichten Kürzungsvorschlägen von OB Roth für den Haushalt 97 auseinander, die weitere drastische Einschnitte im Sozialetat vorsehen. Koenigs forderte eine politische Schwerpunktsetzung, die Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich weitgehend ausspart, da ansonsten die hier von der Kommune zu erbringende „soziale Integrationsleistung“ gefährdet sei. Wie der Kämmerer diese Zielsetzung verwirklichen will, blieb allerdings nebulös: Einsparpotentiale sah er vor allem bei der Sportförderung, insbesondere dem Zuschuß für Schwimmbäder. Die „soziale Integrationsleistung“, die von vielen Sportvereinen erbracht wird, erkannte er allerdings auf Nachfrage in der Diskussion ausdrücklich an.

Forderungen nach einer stärkeren steuerlichen Belastung von Reichtum, Vermögen und Gewinnen, wie sie in der letzten Zeit in der linken kommunalpolitischen Diskussion vom Bündnis gegen Sozialabbau, den Alternativen für Frankfurt (AFF), von PDS und DKP, aber auch aus den Gewerkschaften erhoben wird, stießen bei den Diskussionsteilnehmern auf wenig Sympathie. Koenigs erklärte sogar, daß er die von der Bundesregierung beabsichtigte Ab-

schaffung der Gewerbeertragssteuer für sinnvoll halte, da diese Steuer „im Wettbewerb der Kommunen um Gewerbebeansiedlungen nachteilig“ sei.

Die Diskussion ergab wenig Anhaltspunkte dafür, daß sich sozialer Widerstand auf die Politik der Grünen im Römer beziehen könnte.

aus Frankfurter Info, ola

Teilerfolg der Flüchtlinge

Ludwigsburg. Die Flüchtlinge im Bezirks- und Landeslager Ludwigsburg haben ihren Protest gegen die entmündigenden Lebensbedingungen vorläufig beendet. Nachdem das Regierungspräsidium Verhandlungen zugesagt hat, schlossen sie ihren Kantinenboykott nach über fünf Wochen ab. Die wichtigsten Forderungen nach Geld statt Kantinenfraß und Einbau von Küchen wurden allerdings abgelehnt mit der Begründung, dies sei ein Kabinettsbeschuß. Erreicht wurde die Einrichtung von Gemeinschaftsräumen mit Teeküchen, die Entfernung eines Wachmanns, der von den Afrikanerinnen und Afrikanern als „Little Hitler“ bezeichnet wird, und der Einbau von Telefonzellen. Genauso wichtig war und ist aber das politische Signal dieses Kampfes sowohl für die Flüchtlinge in anderen Lagern als

auch an die Anordner und Durchsetzer der rassistischen Sondergesetze im Regierungspräsidium und im Innenministerium. Dank geht an alle, die den Kampf unterstützt haben. zkp

SPD-Kreisparteitagsbeschuß: Protest gegen Reps!

Emmendingen. Der Kreisparteitag der SPD hat mit überwältigender Mehrheit einen Antrag an die SPD-Landtagsfraktion beschlossen:

„Am 11. Juni tritt der neu gewählte Landtag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der ‚Alterspräsident‘ des Landtags, der 67 Jahre alte Rechtsradikale Eduard Hauser, Mitglied der 14köpfigen Fraktion der Republikaner, soll die Eröffnungsrede halten. Der Kreisparteitag Emmendingen fordert die SPD-Landtagsfraktion dringend auf, vor der Rede des Republikaners demonstrativ aus dem Sitzungssaal auszuziehen. Dies soll ein Zeichen dafür setzen, daß diese Partei von uns nicht als ‚normale‘ Partei akzeptiert wird...“ „Die Reps bieten Vorurteile und Haß statt Menschlichkeit und Toleranz, rechtsradikale statt gerechter Lösungen; ihre Politik ist brutal und menschenfeindlich, unsozial und demokratiegefährdend...“ „Was wir

verhindern können, – heißt es in der Begründung – ist, daß die Gewöhnung an rechtsradikale ‚Volksvertreter‘ beginnt, daß der Einfluß der Reps auf Politik und Gesellschaft weiter zunimmt.

Der leider auch von der SPD mitgetragene Asylkompromiß mit Aushöhlung des Grundgesetzanspruches auf politisches Asyl in Deutschland war bereits ein Schritt zuviel auf die Reps und andere Rechtsradikale zu!“ ro

Vorbestrafter Neonazi weiter im Polizeidienst

Mannheim. Der Polizist und für die Republikaner im Gemeinderat sitzende Winfried Korth wurde vom Mannheimer Amtsgericht zu einer Geldstrafe von 4.000 Mark, ersatzweise zu einer entsprechenden Haftstrafe verurteilt.

Der Grund: Stadtrat Korth hat im Neckarauer Polizeirevier den Polizeicomputer angezapft und die so erhaltenen Informationen für private und parteipolitische Zwecke – man könnte das durchaus auch strenger formulieren – genutzt. Da er das in großem Umfang und über längere Zeit tat, wurde er erwischt bzw. die es wußten, konnten nicht länger schweigen.

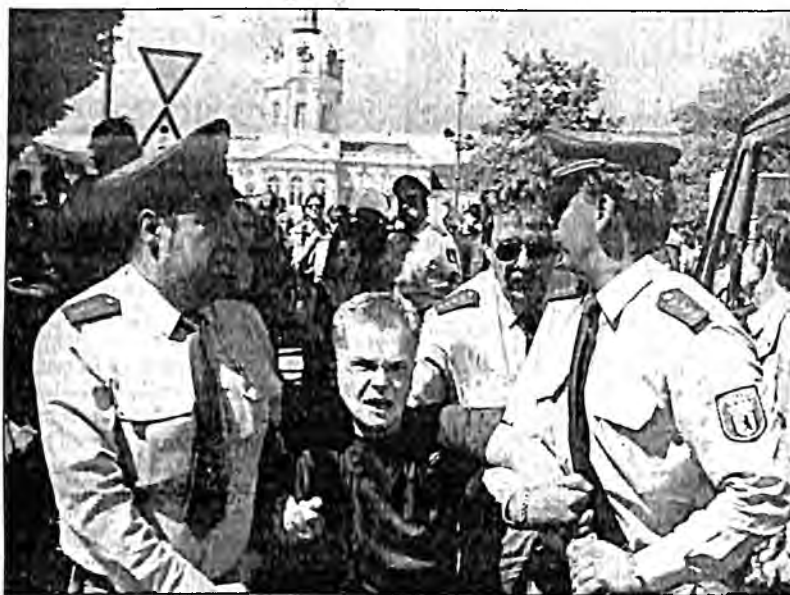
aus Kommunal-Info Mannheim

Als am 31. Mai 1996 rund 600 Wehrpflichtige vor dem Schloß Charlottenburg gelobten, der BRD treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen, so war dies das erste „öffentliche“ Gelöbnis in Berlin seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Für die reaktionären Chauvinisten ein wichtiger Markstein auf dem beabsichtigten Weg zur Garnisonsstadt Berlin. Gestärkt durch die neue taktische Waffe Innenminister Jörg Schönbohm wurde erneut versucht, in der Hauptstadt endlich mit jeglicher militärischer Enthaltsamkeit zu brechen.

Bereits 1995 trat die Bundeswehr an den Berliner Senat mit dem Wunsch heran, „ihre“ Rekruten öffentlich Kampfbereitschaft geloben zu lassen. Wegen der befürchteten Proteste und Gegenaktionen sowie Abstimmungsschwierigkeiten unter den Politikern in Bonn und Berlin zog es die Bundeswehr dann doch vor, sich hinter die Kasernen zurückzuziehen.

1996 sollte nach Ansicht des Verteidigungsministeriums mit derartiger Zurückhaltung in Berlin gebrochen werden. Militaristische Präsenz der Bundeswehr bei der Internationalen Luft- und Raumfahrttagung, öffentliches Gelöbnis, NATO-Ratstagung und die Jahreshauptversammlung der Feldjäger sowie die alltägliche Präsenzsteigerung in der Öffentlichkeit sind wichtige Abschnitte auf dem Weg zur militärischen Hauptstadt.

Dem öffentlichen Gelöbnis kommt hier eine Sonderrolle zu. Die Zeremonie erfüllt eine doppelte Funktion: Einmal die Innenwirkung auf die Wehrpflichtigen und andererseits nach außen, vor allem auf die zivile Bevölkerung. Der Wehrpflichtige wird durch die Feierlichkeit und den öffentlichen Charakter der Veranstaltung in eine besondere Stimmung versetzt, die ihn stark an sein Versprechen, tapfer das deutsche Vaterland zu verteidigen, bindet. In dieser Stimmung wird der Rekrut auf seine Todes- und Tötungsbereitschaft eingeschworen. Die ergriffenen Zuschauer dagegen werden durch diese Zeremonie auf die „Opferung“ ihrer Söhne vorbereitet. In dem erhabenen Schauspiel werden die Söhne der Obhut der Armee



Gelöbnis in Berlin: Weder öffentlich noch feierlich

Holger Paech über den Protest gegen das Bundeswehrgelöbnis in Berlin am 31. Mai

übergeben. Zu diesem Opfer sind die Eltern aber nur fähig, wenn sie von der Idee nationaler Zugehörigkeit trotz aller Irrationalität überzeugt werden.

An dieser gesellschaftlichen Außenwirkung ist die Bundeswehr derzeit speziell in Berlin interessiert; eine Hauptstadt mit vierzigjähriger militärischer Entwöhnung (im Westteil) ist für die Hardthöhe ein unerträglicher Gedanke; die Berliner müssen wieder an das Militär gewöhnt werden.

Die Bundeswehr setzt dabei auf eine Gewöhnungsstrategie. Warum soll in Berlin mißlingen, was in Westdeutschland unproblematisch ist? Hat man nur oft genug gezeigt, daß man wieder da ist, werden sich die Leute schon beruhigen. In jeder Demokratie ist die Armee auf ihre Verankerung in der Gesellschaft angewiesen. So muß sie ihr Ansehen und

Erscheinungsbild in der zivilen Gesellschaft immer wieder überprüfen und gegebenenfalls aufpolieren. Insbesondere in der heutigen Gesellschaft hat das Militär aufgrund der geschichtlichen Erfahrungen mit dem deutschen Militarismus eine zwiespältige und unsichere Identität und kann sich deshalb nur aus einer defensiven Position heraus darstellen.

Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation bemühen sich die Militärs allerorten, ihren Fortbestand mit gewandelten Motiven gegenüber der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. In der BRD ist dies nicht anders. Daß sich die Bundeswehr der Bedeutung ihrer Akzeptanz in der (zivilen) Gesellschaft bewußt ist, belegt ein Zitat von Verteidigungsminister Rühle aus dem Jahr 1992: „Ich bleibe dabei, daß wir auf Kampfeinsätze (...)“

im Augenblick weder materiell noch psychologisch vorbereitet sind (...) Deswegen müssen wir Schritt für Schritt vorgehen. Es geht auch nicht nur darum, die Soldaten, sondern die ganze Gesellschaft auf diese neuen Aufgaben vorzubereiten.“

Die Militarisierung der Außenpolitik braucht die Militarisierung des öffentlichen Raumes. Doch militärische Zeremonien und Rituale, die in erster Linie das Bild von Männlichkeit und Macht, den martialischen Komponenten des Soldatseins, vermitteln, würden die gewünschte Wirkung völlig verfehlen, wenn die Soldaten nicht gleichzeitig als Friedensbringer, Brunnenbohrer, Krankenhausbauer etc. vorgeführt würden. So betonen die Werbekampagnen der Bundeswehr auch die zivilen Aspekte der neuen Aufgaben und des neuen Soldatentyps, weil – wenn überhaupt – nur noch auf diese Weise eine Akzeptanz in der Gesellschaft zu erreichen ist.

Daß gerade in Berlin mit seiner langjährigen Bundeswehrabstinenz der öffentliche Raum wieder für das Abfeuern militärisch-traditioneller Rituale wie Fackelmärsche und „Zapfenstrelche“ zur Verfügung stehen soll, ist das Besondere am feierlichen Gelöbnis vor dem Charlottenburger Schloß. Wenn die Bundeswehr Berlin als Garnisonsstadt haben will, muß sie durchsetzen, daß militärisches Zeremoniell in dieser Stadt wieder alltäglich wird. Sie muß aber auch wissen, daß sie damit auf erheblichen Widerstand stoßen wird. Das Gelöbnis vor dem Charlottenburger Schloß ist ein Griff in die Mottenkiste demokratischer und menschenrechtsfeindlicher preußisch-deutscher Traditionen, der in eklatanter Weise die gegenwärtigen Probleme ignoriert und einer kriegsvorbereitenden Pseudopolitik den Weg ebnet. Die „neue“ Bundeswehr offenbart ihre wahren Absichten selbst mit der aktuellen Werbekampagne „Ja, Dienen“, und „Ja, Tapferkeit“. Wer die Ideale des alten Preußentums wieder beschwört, verbaut den Weg zu einer friedlichen Welt, statt ihn durch rechtzeitigen Abtritt freizumachen.

Holger Paech ist Mitarbeiter der „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“ in Berlin.

In einem Beitrag für das „Offene Blatt“, die Zeitung der PDS-Mecklenburg-Vorpommern, schildert ein Delegierter des Landesmietertages die Entwicklung von Mieten und Wohnsituation in diesem Bundesland:

Der „Nordkurier“ titelte am 29.4. auf der ersten Seite: Minister auf Mieterbundtagung: genug bezahlbarer Wohnraum.“

Als Delegierter des Landesmietertages Mecklenburg-Vorpommern habe ich diese Feststellung von Herrn Seidel selbst gehört. Die Beispiel wurde angeführt, daß in Neubrandenburg bei 75% der Wohnungen die Kaltmiete nur 3,00 bis 6,00 DM betragen würde. Eine solche statistische Gruppenbildung im vorliegenden Fall ist meiner Meinung nach unseriös und für die Öffentlichkeit, insbesondere die Betroffenen, irreführend. Die bisherigen Verordnungen der Bundesregierung zu den Miethöhen im Beltragsgebiet lassen bis heute eine Kaltmiete von ca. 5 DM (ohne Bad und Zentralheizung) bzw. ca. 5,80 DM mit Bad und Zentralheizung zu. Davon haben die Vermieter fast ohne Ausnahme in voller Höhe Gebrauch gemacht. Deshalb müßte diese statistische Gruppe Kaltmieten von 5 bis 6 DM umfassen. Zur Kaltmiete kommen aber noch monatlich 4 bis 5 DM pro Quadratmeter „kalte und warme Betriebskosten“ hinzu. Mit steigender

Tendenz! Die Modernisierungsumlage ist noch gar nicht in den vorstehenden Zahlen erfaßt. Allerdings wird Statistik schnell „entzaubert“, wenn es konkret wird.

In Neubrandenburg „Am Sattelplatz“ kostet eine modernisierte Wohnung monatlich 12,81 DM Brutto-

Presse. Daraus resultieren einige Beispiele aus dem Monat April 1996, wie die Öffentlichkeit, insbesondere die Mieter, mit einem widersprüchlichen Zahlenhagel eingedeckt werden.

O Nordkurier vom 15.4. unter Bezug auf Minister Seidel: „... 1991 bis 1995 wurden mit insgesamt 3,4 Mrd. DM

Z.B. 600.000 modernisierte Wohnungen und 180.000 neue Wohnungen sind 780.000 Wohnungen. Also bleiben von Seidels Gesamtbestand nur noch 12.000 Wohnungen zu modernisieren. In wenigen Monaten gibt es in Mecklenburg-Vorpommern Wohnungsbestand nur noch „blühende Landschaften“? Das Statistische Landesamt stellt den Neubau von 14.491 Wohnungen in 1995 als Spitzenwert dar, gegenüber 8.500 in 1994; macht in beiden Jahren zusammen 22.991 Wohnungsneubauten. Der Nordkurier meldet unter Berufung auf Seidel 180.000 neu gebaute Wohnungen von 1991 bis 1995. Das wären für 1991 bis 1993 in der Differenz 157.009 neu gebaute Wohnungen! An diesen Beispielen ist deutlich, wie Regierungspolitiker und Medien entweder verantwortungslos mit Zahlen umgehen oder die Öffentlichkeit bewußt irreführen. Diese Desinformationen sind „wahlkampfreif“!

Die Darlegungen sollten Anregung sein, als Mieter, aber auch als Oppositionspolitiker noch öfter die selbstgefällige Eigendarstellung der Regierungspolitik zu hinterfragen, sich noch sachkundiger zu machen. Zur Mietpolitik ist noch sehr viel zu sagen. Noch zu wenig Mieter erkennen, was künftig auf sie zukommt.

(Zuschrift von S. Blumberg, Waren, aus: Offenes Blatt der PDS Mecklenburg-Vorpommern, Nr. 5 - Mai/Juni 1996)

Wohnungspolitik als Quiz?

Ein Beitrag zu Mieten und Wohnsituation im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern

warmmiete pro Quadratmeter. Davon sind exakt 5,85 DM Kaltmiete, also einzuordnen in die statistische Gruppe des Herrn Minister Seidel: „bezahlbarer Wohnraum“. Es sind auch „nur“ 2,81 DM Modernisierungsanteil in der Miete von 12,81 DM. Tatsache aber ist: Dem Mieter nutzen keine „politischen Rechenkünste“, sein Vermieter will 12,81 DM monatlich pro Quadratmeter. Die Frage „bezahlbar“ oder nicht stellt sich für zehntausende Mieter anders als für Politiker.

Als langjähriges Mitglied und Berater im „Neubrandenburger Mieterverein e.V.“ verfolge ich mit großem Interesse alle mir zugänglichen Informationen zur Mietpolitik, vorwiegend der

etwa 600.000 Wohnungen im Land modernisiert oder instandgesetzt. Etwa 180.000 Wohnungen konnten mit Hilfe von Fördergeldern neu gebaut werden.“

O Nordkurier vom 19.4. unter Bezug auf das Statistische Landesamt: „Im vergangenen Jahr wurde mit insgesamt 14.491 bezugsfertigen Wohnungen ein Spitzenwert erreicht, ...“ „1994 waren nur 8.500 Wohnungen bezugsfertig geworden.“

Auf dem Landesmietertag am 27.4.96 bezifferte Seidel die Gesamtzahl im Wohnungsbestand von Mecklenburg-Vorpommern mit ca. 792.000, davon ca. ein Drittel sogenannte Plattenbauten. Nun muß man recht einfach rechnen.

Wieder Streit um Tarife

Maschinenfabrik Gehrung versucht erneut Ausstieg

Mitte letzten Jahres wurde bei der Maschinenfabrik Gehrung in Ostfildern nach zwei Jahren Auseinandersetzung ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen. Die Firma wollte den Ausstieg aus den Tarifen, wurde aber vom Widerstand aus der Belegschaft überrascht und mußte sich zur Anerkennung der Branchentarife (mit einigen betrieblichen Anpassungen) verpflichten.

Jetzt hat die Geschäftsführung trotz der Tarifbindung einen neuen massiven Vorstoß gestartet: Vom Betriebsrat hat sie die Verlängerung der Arbeitszeit von 35 auf 40 Stunden ohne entsprechende Lohnerhöhung verlangt. Ihre Begründung ist: Nur mit einer solchen Personalkostensenkung sei der für 1996 geplante Gewinn zu realisieren. Andernfalls könnten Verluste aus den letzten Jahren nicht abgetragen werden und würden Eigentümer und Banken unruhig.

Hintergrund dieses Vorgehens ist der vielfache Ausbruch von Maschinenbaubetrieben im Kreis Esslingen aus den tariflichen Regelungen. Häufig ist die Arbeitszeit der Ansatzpunkt: 36, 37, 38 oder mehr Stunden bei einer Bezahlung von 35 sind inzwischen keine exotischen Ausnahmen mehr, sondern relativ häufig. Die Unternehmensleitungen überfahren, oftmals mit massiven Drohungen bezüglich der Arbeitsplätze, Betriebsräte und Belegschaften. So dürfte man in dieser Region inzwischen kaum noch einen Maschinenbaubetrieb finden, in dem tarifliche Regelungen uneingeschränkt gelten.

Hier war nun die erste Überraschung für die Geschäftsführung: Der Betriebsrat sperrte sich. Andere Einsparmöglichkeiten als bei Löhnen und Gehältern sollten gesucht werden. Außerdem sei der Betriebsrat vom Betriebsverfassungsgesetz ausdrücklich gehindert, untertarifliche Regelungen abzuschließen: „Arbeitsentgelte und sonstige Arbeitsbedingungen, die durch Tarifvertrag geregelt sind oder üblicherweise geregelt werden, können nicht Gegen-

stand einer Betriebsvereinbarung sein“ (§ 77.3 BetrVG).

Die Geschäftsführung schrieb darauf im nächsten Schritt alle Beschäftigten an und forderte zur Unterstützung für ihr Vorhaben auf. Der Betriebsrat informierte seinerseits die Belegschaft per Aushang. Die spannende Frage war: Würde die Geschäftsführung nun versuchen, die Belegschaft mit geänderten Einzelarbeitsverträgen mit 40-Stunden-Woche zu überrollen, wie es verschiedentlich schon praktiziert wurde?

Bisher nicht. Die Geschäftsführung akzeptierte die Einbeziehung der IG Metall als Tarifpartei in die weiteren Verhandlungen. Eine Versammlung, zu der die IG Metall eingeladen hatte, verabschiedete eine Stellungnahme, in der es u.a. heißt: „... Die Verlängerung der Arbeitszeit, dazu noch unbezahlt, lehnen wir aber nach ausführlicher Diskussion in den Abteilungen ab. Unbezahlte Mehrarbeit (und damit sinkender Stundenlohn/-gehalt) ist der falsche Weg. Angesichts der Massenarbeitslosigkeit ist sie auch sozial nicht zu rechtfertigen.“ Ein Vorschlag aus Konstruktion und Montage wurde aufgegriffen, unvermeidliche Mehrstunden gutzuschreiben und zu einem späteren Zeitpunkt in Freizeit auszugleichen oder zu bezahlen. „Wir fordern die Geschäftsführung auf, mit der IG Metall nach Lösungen zu suchen, die im Rahmen der tariflichen Regelungen liegen und den Anerkennungsvertrag dauerhaft sichern.“ Unter diese Stellungnahme wurden in allen Abteilungen Unterschriften gesammelt: 90% der Anwesenden unterschrieben.

In der folgenden Verhandlung rückte die Geschäftsführung zwar von der 40-Stunden-Woche ab. Sie will aber dennoch gleichwertige Einsparungen bei den Personalkosten durchsetzen. Sie hat ein Paket neuer Vorschläge vorgelegt, die ebenfalls tarifliche Regelungen betreffen. Es muß sich nun zeigen, wie weit dieser neue Vorstoß eingedämmt und tarifliche Leistungen auf Dauer gesichert werden können. - (rok)



Tarifabschluß Versicherungen

Karenztage und andere Zumutungen abgewehrt - 1,9% mehr Lohn und Gehalt

Am 4./5. Juni kam es - für viele ziemlich überraschend - zu einem Tarifabschluß von 1,9% für die gut 240 000 Beschäftigten in den westdeutschen Versicherungen bei 12 Monaten Laufzeit.

Nach einer Reihe von Warnstreiks und Protestaktionen auf der Straße ließen die Vertreter der Versicherungen ihre Zumutungen - Karenztage ohne Lohnfortzahlung, Anrechnung von Kuren und Weiterbildung auf den Urlaub usw. - für dieses Jahr fallen.

In Sachen Beschäftigungssicherung/Arbeitszeitverkürzung konnte dagegen nichts erreicht werden, außer einer Öffnung des Tarifvertrages: Per Betriebsvereinbarung kann die Regelarbeitszeit von 38 Wochenstunden auf bis zu 30 Stunden verringert werden, um Entlassungen zu vermeiden. Ob hierfür allerdings ein - zumindest teilweiser - Lohnausgleich gezahlt wird, ist in dieser Vereinbarung nicht geregelt, sondern wird von den jeweiligen Betriebsräten abhängen.

Nach verschiedenen Aktionen in den letzten Wochen fanden am 3. und 4.6. Warnstreikaktionen in verschiedenen Städten statt: in Frankfurt mit 250 Teil-

nehmern, in Braunschweig (400), Mannheim (250), Düsseldorf (150) und Stuttgart (300). In vielen der beteiligten Betriebe waren dies überhaupt die ersten derartigen Aktionen seit ihrem Bestehen.

In Hamburg beteiligten sich 800 Versicherungs- und Bankangestellte am 4.6. an einem Sternmarsch mit anschließender Kundgebung in der Innenstadt (siehe Bild).

Mit ihrer Politik, einen Katalog von Zumutungen vorzulegen und bei Bedarf wieder zurückzuziehen, haben die Versicherungen zumindest erreicht, daß eine Gehaltserhöhung von nur 1,9% (plus 10 DM Fahrtkostenzuschuß) noch als Erfolg erscheint - und das bei zweistelligen Zuwachsraten ihrer Gewinne. Allerdings haben die Aktionen der Kapitalsseite etwas schneller von ihren Forderungen abgehen lassen als geplant. Diese Angriffe werden in den nächsten Jahren verstärkt laufen. Hinzu kommen wird die Auseinandersetzung um den Vorruhestand, der Ende 1997 ausläuft. Die Versicherungen haben bereits angekündigt, den Vorruhestand im nächsten Jahr gravierend verschlechtern zu wollen. - (res)

MELDUNGEN AUS BETRIEBEN UND GEWERKSCHAFTEN

Protestaktion der DPG-Frauen

Stuttgart. „Frauenfeindlich“ nannte Monika Heilmann, Frauensekretärin der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) das geplante Sparpaket der Regierung bei der Protestaktion des DPG-



„Mit unserer Aktion protestieren wir gegen die höchst einseitige Umverteilung des Kapitals, wie es in der Geschichte der Bundesrepublik einmalig ist“, rief Claus Sperandio, Betriebsrat von Siemens Kirchheim. Er dankte den Gewerkschaften, die bereits im Streik sind, und rief auf zur Demonstration am 15. Juni in Bonn. Widerstand von unten müsse organisiert werden. Daß in dieser Sache der DGB, die Kirchen und Wohlfahrtsverbände an einem Strang ziehen, sei einmalig und lasse auf einen Erfolg hoffen.

Bezirksfrauenausschusses am Samstag, 1.6., in der Stuttgarter Innenstadt. „Weil Frauen häufig in Teilzeit, mit geringem Einkommen, arbeiten, sind sie von den geplanten Einschränkungen besonders betroffen.“ Allein bei der Deutschen Post AG arbeiten 52 000

Frauen in Teilzeit, das ist ein Sechstel der gesamten Belegschaft. Diese Frauen müßten besonders krasse unter einer Einschränkung der Lohnfortzahlung bei Krankheit leiden. Eine alleinerziehende Teilzeitbeschäftigte mit 1890 DM brutto im Monat bekäme dann 378 Mark weniger Lohn. Wird eines ihrer Kinder krank, würde sie durch die Kürzung des Krankengeldes pro Freistellungstag 15,50 DM verlieren.

Die geplante Erhöhung der Altersgrenze in der Rentenversicherung bewertete Heilmann als Vertrauensbruch der Re-

gierung. „Die nun ab 2002 vorgesehene Regelung werden sich die wenigsten Frauen leisten können.“ Denn bei einer durchschnittlichen Rente von 1 200 DM hätten Frauen, die dann mit 60 Jahren in Rente gehen, bis zu 216 DM im Monat weniger zum Leben.

Die Gewerkschafterinnen kritisierten auch die geplante Ausweitung der sozial ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse und der Zeitverträge. Das wirke sich auch bei der Deutschen Post AG negativ aus, wo bereits jetzt ständig 10 Prozent der Belegschaft befristet beschäftigt sind.

- (Presseinformation der DPG)

Einzelhändler versuchen Erpressung

Auch in der zweiten Verhandlungsrunde für den Einzelhandel am 23. Mai in Kornthal-Münchingen erklärten die Kapitalisten, ein Lohn- und Gehaltsangebot würden sie erst machen, wenn die Beschäftigten bereit seien „zur Sicherung von Arbeitsplätzen“ beim Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld Ansprüche aufzugeben. Die HBV wird jetzt in den bezirklichen Tarifkommissionen über Druckmittel beraten.

- (nach Pressemitteilungen der HBV)



KHD Köln: Verluste von mehreren Millionen Mark seien beim Bau von Industrieanlagen vor allem in Saudi-Arabien entstanden, die Existenz des ganzen Unternehmens mit über 5000 Beschäftigten stehe auf dem Spiel. Der Grund für die Pleite lag vermutlich in der Politik der Betriebsleitung von KHD Humboldt Wedag begründet, die, um Aufträge zu bekommen, zu billig bauten, die Aufträge also mit Verlust abschlossen. Und damit dem Aufsichtsrat nichts auffiel, fälschten die Manager die Bilanzen - heißt es wenigstens offiziell. Am 29. Mai, dem Tag an dem die Medien groß berichteten, stand auf der Titelseite des Stadtanzeigers unter dem riesigen KHD-Artikel eine kleine Meldung: „Deutsche Bank freut sich über Rekordgewinn“. Auf 770 Mio. DM steigerte die Großbank ihren versteuerten Gewinn in den ersten vier Monaten 1996! Bei KHD fehlen geschätzt 650 Mio. Was das miteinander zu tun hat? Ganz einfach, die Bank mit dem Rekordgewinn ist der Großaktionär des angeschlagenen Unternehmens. Der für die Sanierung nötige Betrag würde nicht einmal den Gewinn der ersten vier Monate des laufenden Jahres aufzehren. tri

Verlagerung wg. Umwelt

Bayer: Jetzt doch Kündigungen im Chromatbereich?

Am 26. Januar 1996 wurden die Beschäftigten offiziell informiert, daß ihr Betrieb nach Südafrika verlegt wird. Unter reinen Kostengesichtspunkten wird eine Produktion, die bis-her schon aus gesundheitlichen Gründen sehr zwiespältig ist, in ein Billiglohnland verlegt. Die Einsparungen resultieren aus den niedrigen Löhnen und dem „lockeren“ Umgang mit der Umwelt in Südafrika.

So sieht also die Aussage des Bayer-Vorstandes, weltweit nach gleichen Standards zu produzieren, in der Praxis aus. Über 300 Mitarbeiter warten darauf, daß endlich Zusagen zu ihrer Zukunft gemacht werden und die Versetzungen beginnen. Doch der Vorstand läßt die Kollegen im dunkeln tappen und enthält ihnen alle weiteren Informationen vor. Das einzig Konkrete ist die Aussage, daß aus prinzipiellen Gründen betriebsbedingte Kündigungen nicht ausgeschlossen werden. Die Vorbereitungen für die Verlagerung laufen schon auf vollen Touren. Die Produktion muß bis zur Stilllegung im 2. Quartal 1998 mit einer Auslastung von 120 Prozent laufen. Wie soll das geschafft werden, mit Mitarbeitern, die nicht wissen, was mit ihnen passiert? Wie kann Bayer von ihnen verlangen, 120 Prozent Leistung zu bringen? Nur durch unterbesetzte Schichten und Arbeitshetze.

Die Personalknappheit führt zu unzumutbaren Produktionsbedingungen: An jeder Ecke ist an den farbigen

Chromresten zu erkennen, was hier produziert wird. Dies können wir aus Arbeitsschutzgesichtspunkten nicht hinnehmen.

In den ersten beiden Sitzungen der Chromkommission (Betriebsrat und Bayer) wurde den Betriebsräten der Eindruck vermittelt, daß Bayer auf betriebsbedingte Kündigungen verzichten will. Davon war auf der dritten Sitzung und auf der Betriebsversammlung nicht mehr die Rede. Jetzt stehen sie bei den Verhandlungen wieder am Anfang. Anscheinend betrachtet der Vorstand die Angst der Mitarbeiter als stärkste Motivation und verwechselt Druck mit sozialer Kompetenz. Die weiteren Verhandlungen müssen für die Beschäftigten des Chromatbereiches eine Absicherung analog der Farbenvereinbarung von 1981 bringen. Die wichtigsten Punkte davon sind: • keine betriebsbedingten Kündigungen von Beschäftigten aus dem Chromatbereich; • Qualifizierung und Weiterbildung für jede interessierte Mitarbeiterin und jeden interessierten Mitarbeiter; • gleichwertige Arbeitsplätze im Werk Leverkusen für alle Beschäftigten, ohne Entgeltverlust, des weiteren: • kein Ent- oder Verleihen aus anderen Problemereichen in die Chromatbetriebe, das wäre nur ein Verschieben der Probleme bis zur Schließung des Chromatbereiches.

Aus dem Mai-Flugblatt der Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit bei Bayer-Leverkusen

Vorgezogene Nullrunde gescheitert

Metalltarif Südwest: Proteste aus den Betrieben

Die vorgezogenen Tarifgespräche in Baden-Württemberg sind gescheitert.

Am 22. Mai 1996 mußte die Bezirksleitung der IG Metall nach vergeblichen Verhandlungen erkennen, daß auch bei angebotener Lohnzurückhaltung für 1997 ein Tarifpaket unter dem Stichwort „Bündnis für Arbeit“ mit den Metallindustriellen nicht zu schnüren war. Bezirksleiter Zambelli hatte einen Lohnabschluß in der Höhe der Inflationsrate (circa zwei Prozent) für 1997 ins Gespräch gebracht, um die Arbeitgeber zu Verhandlungen über die Altersteilzeit, über den Beschäftigungstarifvertrag und über Freizeitausgleich bei Überzeit zu bewegen. Die Große Tarifkommission hatte am 25. April 1996 mehrheitlich für den Verhandlungsauftrag gestimmt.

Kurz danach hat Werner Stumpfe, zukünftiger Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, deutlich gemacht, daß selbst ein Einkommenszuwachs in Höhe der Inflationsrate zu viel sei, und daß die Unternehmer der Metall- und Elektroindustrie 1997 Härte folgen werden. Vor hessischen Metallunternehmern hat er es am 9. Mai 1996 als Niederlage bezeichnet, wenn bei den Tarifverhandlungen 1997 eine Steigerung im Gesamtvolumen oberhalb von 1 Prozent herauskommen würde.

Gleichzeitig wurde bekannt, daß die inner Koalition radikal an Kürzungen im Sozialbereich arbeitet und unter anderem den Kündigungsschutz einschränken und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall abbauen wird. Auf einer Tagung in Frankfurt am 14.

Mai 1996 meinte Klaus Zwickel dazu: „Die Raffkes der Metallindustrie glauben, die Gunst der Stunde nutzen zu können, um zu nehmen.“ Das Angebot der IG Metall für ein Bündnis für Arbeit sei von Bundesregierung und Arbeitgebern ausgeschlagen worden.

Nach einer Flut von Protestbriefen aus Betrieben und Ortsverwaltungen gegen vorgezogene Tarifgespräche ohne Beschlußfassung und Mobilisierung in den Betrieben hatte der Vorstand der IG Metall am 14. Mai dann keine andere Möglichkeit, als zu verfügen, daß im Südwesten über die Lohnzahlen für 1997 keine Tarifgespräche geführt werden dürfen. Bezirksleiter Zambelli versuchte zwar noch, den Beschluß so auszulegen, daß er wohl reden dürfe, wenn zuvor Einigkeit in den anderen Punkten hergestellt sei. Aber nun ließ der Verband der Metallindustrie insgesamt die Tarifgespräche über ein Bündnis für Arbeit scheitern. Der Widerstand in den Betrieben hatte allzu deutliche Zeichen gesetzt gegen eine Tarifpolitik des Verzichts. Derzeit gibt es im Bundesgebiet keine Tarifverhandlungen mehr über das Bündnis für Arbeit.

Auf regionaler und zentraler Ebene hat sich das Bündnisangebot der IG Metall als Bumerang erwiesen. Das große Kapital und die Bundesregierung pfeifen auf das Wohlergehen des DGB und rüsten auf für neue massive Angriffe gegen die Lohnabhängigen in dieser Gesellschaft. Zu Vereinbarungen, die alle Seiten zu beschäftigungspolitischer Verantwortung verpflichten, waren und sind Arbeitgeber und Bundesregierung nicht bereit. Sie setzen auf amerikani-

BAYER-Vorstand: Bittere Mienen

Die BAYER-Hauptversammlung (HV) ist dank gut geplanter Aktionen der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) seit Jahren Ort kritischer Abrechnung mit der umwelt- und menschenfeindlichen Geschäftstätigkeit des multinationalen Leverkusener Chemie-Konzerns. UmweltschützerInnen, GewerkschafterInnen, AnwohnerInnen, Betroffene und vor allem immer wieder Opfer nutzten auf Einladung der CBG diese Veranstaltung in Köln am 25. April 1996, um die Verantwortlichen bei BAYER und die Besitzer des Konzerns, die AktionärInnen, mit den schmutzigen Kehrseiten ihrer Gewinne und Umsätze zu konfrontieren.

Geradezu mit Erschütterung mußten die BAYER-Verantwortlichen zur Kenntnis nehmen, daß erstmals nicht nur mehrere Hundert KleinaktionärInnen die KritikerInnen unterstützten, sondern auch ein Großaktionär seine 25 Tsd. BAYER-Aktien gegen Vorstand und Aufsichtsrat in Position brachte. BAYER sah sich vor die historische Tatsache gestellt, daß die mißliebige sozial-ökologische Aktionärs-Opinion aufgrund dieses Aktienpakets in die Lage versetzt wurde, ganz formal die Tagesordnung zu beeinflussen.

Die Gesichter der auf einem Podium zwei Meter über dem Boden sitzenden BAYER-Vorstände wurden länger und länger: Zwar blieben die meisten der anwesenden ca. 7000 Aktionäre noch sitzen, als Hubert Ostendorf, Vorstandsmitglied der Coordination, aufforderte sich zu einer Schweigeminute zugunsten der vielen tausend verstorbenen Opfer von BAYER-Bluter-Medikamenten von den Plätzen zu erheben, aber so mancher bereute dies bereits, als Dr. Ute Braun, die Vorsitzende der Deutschen Hämophiliegesellschaft, in eindringlicher Sachlichkeit schilderte, daß von den weltweit ca. 22 Tsd. durch BAYER- und andere Medikamente tödlich verseuchten Blutern bereits die Hälfte gestorben ist.

Und als danach ein Betroffener, Karl Caspari, das Rednerpult betrat und vortrug, wie ihm 1990 auf der BAYER-Hauptversammlung vom damaligen Versammlungsleiter, Prof. Grünwald das Mikrofon abgestellt, er mit Häme überzogen und gezwungen wurde, sei-

ne Rede abzubrechen, da zeigte das Publikum Anteilnahme und Mitleid. Es empörte in der Folge nicht wenige, mit welcher kühler Arroganz der Vorstandsvorsitzende in Anbetracht dieser Reden die Zahlung von Geldern an die Opfer verweigerte und feststellte, daß er kein „schuldhaftes Verhalten von BAYER“ entdecken könne.

Der Vorstand geriet zusehends in die Defensive. Redner auf Redner trat ans Mikrofon: José Tolentino aus El Salvador z.B. sprach über Leid, Elend und Tod aufgrund in den industrialisierten Ländern längst verbotener, in seiner Heimat noch immer von BAYER vermarkteter Pestizide; Melanie Willms/COORDINATION und Gregor Bornes/GenEthisches Netzwerk schilderten, wie sich der Konzern in immer neuen Gentechnik-Patenten Leben aneignet, darunter ganze Baumfamilien; Siebo Janssen/amnesty international stellte dar, wie der Konzern mit Regimen paktiert, die die Menschenrechte mit Füßen treten, so z.B. in Indonesien.

Uwe Friedrich und Marc Pletzer, beide COORDINATION, berichteten über die Leidenswege unzähliger Opfer der BAYER-Holzgifte und -Pyrethroide; Dr. Joachim Dullin erläuterte die Gefahren, die durch die BAYER-Verweigerung eines Ausstiegs aus der Chlorchemie für Mensch und Umwelt entstehen usw. – Insgesamt konfrontierten 17 von 29 Redebeiträgen den Saal mit immer neuen Fakten zu Umweltverbrechen und sozialen Problemen in aller Welt.

Endgültig ins Abseits geriet der Vorstand, als nicht nur der ehemalige IG Farben-Sklave Hans Frankenthal gerechte Entschädigung für unvorstellbares Leid forderte, sondern ihm spontan traditionelle Aktionäre zur Seite traten und bekundeten, sie seien durchaus mit einer Kürzung der Dividende einverstanden, wenn BAYER nur endlich die IG Farben-Opfer entschädigen würde.

Und dann kamen die Abstimmungen: Bis zu 458000 Stimmen, das entspricht einem Kapital von über 200 Mio. Mark Kurswert, unterstützten die Tagesordnungspunkte der COORDINATION. Bis zu weiteren 240 Tsd. Stimmen, ca. 120 Mio. DM Kurswert, verweigerten dem Vorstand ihre Solidarität und enthielten sich der Stimme. Melanie Willms, Vorstandsmitglied der COORDINATION, sieht in diesem Ergebnis „ein Waterloo für den BAYER-Vorstand und einen historischen Sieg für die COORDINATION.“

(Coordination gegen Bayer Gefahren, aus Platzgründen gekürzt)

sche Verhältnisse und auf Schaffung von Arbeitsplätzen unterhalb des Tarifniveaus. Heuern und Feuern soll für noch mehr Millionen von Menschen zur täglichen Wirklichkeit werden.

Der Versuch der IG Metall, Kapital und Kabinett zur Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zu bewegen, ist gescheitert, da die Verbände des großen Kapitals zur Zeit auf Konfrontation, statt Kooperation setzen. Die mißlungenen Versuche, im Baugewerbe einen Mindestlohn zu vereinbaren, wie auch die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst zeigen die Härte an, mit der das Arbeitgeberlager soziale Standards einreißen will.

In den Betrieben selber setzen die Unternehmer dagegen auf Einbindung von Betriebsräten und Belegschaften. Hier brauchen sie Ruhe, um die Exportoffensive erfolgreich nach vorn zu bringen. Betriebsräte und Belegschaften sollen Kürzungen bei Einkommen und Verlängerung der Arbeitszeiten mittragen, während die Konzerne bestimmte Beschäftigungsgarantien geben.

Beide Maßnahmen, sowohl die Konfrontation in der Öffentlichkeit wie die Kooperation im Betrieb, zielen auf eine sprunghafte Steigerung der Ausbeutung der Arbeitskräfte.

Es scheint, daß Regierung und Kapital mit ihren maßlosen Angriffen zu weit gegangen sind. Der Widerstand gegen soziale Demontage formiert sich. Gleichzeitig dürfen wir aber nicht verkennen, daß die konzernweite Einbindung von Betriebsräten und Belegschaften für den Standort Deutschland sehr weit gediehen ist. Das kapitalistische Modell Deutschland entwickelt sich für die Unternehmer erfolgreich, und die Profitsprünge des Jahres 1995 legen davon ein deutliches Zeugnis ab.

Jetzt bietet der Widerstand gegen die Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme immerhin Ansatzpunkte, gegen die Ideologie der Betriebsgemeinschaft und des Standorts Deutschland die gemeinsamen Interessen von Beschäftigten und Nichtbeschäftigten wie Rentnern, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern zu stellen.

– (rkw)

„Der deutsche Nationalismusvorwurf an die Kurden und die Nationalitätenpolitik der PKK ...“

Antwort auf einige Kritiker an der PKK auf einer Diskussionsveranstaltung in München

„Der deutsche Nationalismusvorwurf an die Kurden und die Nationalitätenpolitik der PKK in der Revolution in Kurdistan“, unter diesem Titel fand am 18.3.1996 in München ein Diskussionsabend statt. Wir veröffentlichen im folgenden die auf der Veranstaltung vorgestellten und erörterten Thesen.

Obwohl die kurdische Emanzipationsbewegung sich eine umfangreiche deutschsprachige Literatur geschaffen hat, in der sie ihre Politik begründet, werden die politischen und sozialen Ziele der Revolution in Kurdistan in der Diskussion der BRD fast nicht wahrgenommen. Dafür sehe ich zwei Gründe. Erstens liegt die kurdische Revolution quer zu allen formulierten Interessen der BRD-Politik, und einer gegnerischen Meinung Raum zu geben, ist nicht deutsche Art. Zweitens weicht das angestrebte Verhältnis zwischen Bevölkerung, Bevölkerungsgruppen, Minderheiten, Nachbarstaaten usw. so weit von den Lösungen ab, die in der deutschen Geschichte gesucht und gefunden wurden, daß eine Verständnisbarriere da ist, die auf deutscher Seite abgetragen werden muß.

In trockenen Worten: Die Programmatik der kurdischen Revolution zielt auf die Lösung der Staatsfrage in einer „Mittelost-Föderation“, auf der Grundlage demokratischer Verhältnisse in Kurdistan und den Nachbarländern, dem nach außen so bereits eingeschränkten Staat werden im inneren starke gesellschaftliche Organisationen entgegengestellt.

Deutsches Wesen und deutscher Staat

Völlig anders entstand der Staat der Deutschen. In den gängigen deutschen Begriffen wird die nationale Identität erst vollendet durch die staatliche Einheit, und bei der staatlichen Einheit bleibt es nicht, es folgt die Einigkeit, im Lied („Einigkeit und Recht und Freiheit“) wie in der politisch gemeinten und wirksamen Parole („Deutschland einig Vaterland“). Im Streben nach Einigkeit im Staat ist ein deutsches Problem angelegt, nämlich die Ablehnung der Vielfalt im Staate.

In Deutschland hat sich, in spürbarem Unterscheid zu vielen Nachbarn, das Erfordernis der Rechtsgleichheit, eines einheitlichen Rechtsraums, das sich aus der bürgerlichen Entwicklung überall ergibt, gesteigert zur Forderung nach kultureller Identität der Bürger miteinander und durch den Staat. Der deutsche Staat stellt sich als Ausfluß des deutschen Wesens dar, womit die Gesamtheit der Praktiken und vermittelnden Ideen gemeint ist, die das gesellschaftliche Leben ausmachen.

Wieso hat sich diese Ideologie gerade in Deutschland viel extremer als anderswo ausgebildet?

Als zu Beginn des 19. Jahrhunderts die durch die Kleinstaaterei zerteilten Märkte für die aufkommende Industrie zu klein wurden, fiel der Blick auf den Tatbestand eines durch Sprache und allerhand andere Kulturgüter zwar lose, aber doch erkennbar umrissenen Gebietes. Das deutsche Wesen war vor dem deutschen Staat da, aber es war für die Bedürfnisse von Industrie und Handel nicht ausreichend ohne den Staat. Das bereits bürgerlich entwickelte deutsche



„Gestern Juden und Armenier – heute Kurden“. Transparent auf dem kurdischen Trauermarsch am 28. Juli 1995 in Berlin zu Ehren der während eines Hungerstreiks verstorbenen Kurdin Gülnaz Baghistani.

Wesen konnte nur durch die Aufhebung der Kleinstaaten durch einen großen zum herrschenden Wesen werden. So vollzog sich im 19. Jahrhundert im Bildungsprozeß des modernen deutschen Reiches eine kulturell determinierte Abgrenzung. Es wurde daraus ein „Staat der Deutschen“, in dem das Nicht-Deutsche, Fremde kein Recht zur Mitwirkung oder auch zum bloßen Dasein hatte. Die Hinordnung aller Kulturgüter auf den Staat führte zu einem unerhörten Geltungsanspruch. Die Lösung: Am deutschen Wesen soll die Welt genesen enthält eine schauerliche Negation jeder irgendwie anders ausgestalteten Lebensweise. Der Kaiser und sein Volk, das Volk und sein Kaiser gaben der Welt eine Vorstellung des Schauerlichen, das die Verbindung dieses übersteigerten Geltungsanspruchs mit der Gewalt von Industrie und Waffen möglich machte.

Das Konzept der Einigkeit überdauerte die Niederlage Deutschlands im 1. Weltkrieg nicht unbeschadet, aber doch so, daß der Niederlage deutsche Faschismus darauf zurückgreifen konnte. Die Beseitigung jeder Vielfalt durch die Gleichschaltung und die Ausrottung des Abweichenden wurden offen ausgesprochenes Erfolgsprogramm. Die Machtentfaltung des Dritten Reiches unter der Losung „ein Volk, ein Reich, ein Führer“ war von vornherein mit dem Projekt der Versklavung, der Ausrottung, der Vernichtung des Fremden verbunden.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland blieb die Vermengung von Kultur, Lebensweise und staatlichem Gewaltmonopol bestehen. Nicht nur, was arg genug wäre, als geistige Ruine, sondern in politischen Bestimmungen des Staatsbürgerrechtes und der territorialen Ansprüche. Wie wenig sich da wirklich was entwickelt hat, zeigt die Reak-

tion auf die internationale Migration. Der deutsche Staat und die reaktionäre deutsche Politik erklärten Mitmenschen zu Fremden und griffen sie mit gesetzlichen und außergesetzlichen Mitteln an. Der „Staat der Deutschen“ duldet nichts Fremdes, und so ist dieser geschichtlich wirksam gewordene Alptraum das gegebene Angriffsziel linker Kritik, gerade weil solche fiebrigen Gedankengänge durch die Herstellung der deutschen Einheit, die Aussicht auf deutsche Hegemonie in Europa und die anlaufende deutsche Ostexpansion immer stärker auf die Realität einwirken.

Aus dem starken demokratischen Bedürfnis nach Abwendung der Entwicklung hin zum 4. Reich ist in den letzten Jahren eine ganze Werkzeugkiste voll kritischer Begriffe entstanden.

Es ist schon interessant, wie diese Ergebnisse einer gegen den deutschen Imperialismus gerichteten Kritik aus diesem Zusammenhang herauspringen und sich auf ganz andere Gegenstände werfen.

Ein Beispiel dafür liefert Jakob Bauer in *Konkret* 11/94:

„Im Kampf gegen die Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung durch den türkischen Staat hat die militante PKK seit Jahren die Hegemonie. Über das völkische und nationalistische Programm und die reaktionäre Symbolik der Partei schweigen ihre deutschen Freunde.“

J. B. hört, daß es der PKK um nationale Befreiung zu tun ist, er kann sich nationale Befreiung nur auf deutsch, d.h. als nationalistisch-völkisch entfesselten Herrschaftsanspruch gegen andere denken.

Daß besser bewiesen werden sollte, wodurch die nationale Befreiung der Kurden dem nationalistischen Herrschaftsanspruch des Deutschtums gleicht, fühlt auch J. B. Er sucht und fin-

det Begeisterung oder Zustimmung für kurdische Anliegen bei der deutschen Rechten, konkret bei R. Zitelmann (ebenfalls in dem *Konkret*-Artikel).

R. Z. sieht anscheinend in der kurdischen Geschichte einen Beweis für eine rassistisch begründete Überlebenskraft.

Dadurch, daß der linke J. B. und der rechte R. Z. in der kurdischen Unabhängigkeitsbewegung eine rassistische oder völkische Tendenz ablehnen oder begrüßen, ist aber zunächst nichts über die Kurden gesagt, sondern bloß, daß J. B. und R. Z. die Position der kurdischen Bewegung im Koordinatensystem deutscher Ideologie bestimmen.

Sie freuen oder schaben sich an derselben Projektion, die sie aus demselben Quell, der deutschen Ideologie und Praxis des Verhältnisses von Volk und Staat, schöpfen. Dies ist für einen Faschisten, der an die ewigen Gesetze vom Rassenkampf glaubt, bis zu einem gewissen Grade zwangsläufig. Linke Kritik müßte aber geschichtlich konkret vorgehen und die Dinge in Kurdistan näher betrachten.

Zielvorstellungen der Revolution in Kurdistan

Will die kurdische Bewegung einen „Staat der Kurden“, so wie die Deutschen, „einen Staat der Deutschen“ wollten und schufen?

Hierzu befragen wir das Programm der PKK, das der 5. Kongreß im Januar 1995 verabschiedet hat.

1. Es geht um eine Revolution in Kurdistan. Kurdistan wird hier als Gebiet beschrieben, das seit langer Zeit sowohl durch ein Nebeneinander von Kulturen wie auch durch Fremdherrschaft geprägt ist. Auf diese Situation antwortet das Programm gerade nicht mit einem

Fortsetzung nächste Seite unten

Die Bundeskonferenz Bund Westdeutscher Kommunisten setzte sich auf ihrer Herbsttagung 1995 dafür ein, daß das Programm der PKK deutschsprachigen Interessierten zugänglich gemacht werden müsse, und hat diesen Standpunkt auf ihrer Frühjahrstagung 1996 bekräftigt.

Gründe dafür gibt es viele: das Interesse am Gang der kurdischen Revolution, das auf Auseinandersetzung mit den Zielvorstellungen drängt, die in dieser Revolution entwickelt werden; das Interesse an Frieden und Völkereundschaft, das sich über den von den kämpfenden Parteien verfochtenen Lösungsweg für die kurdische Frage muß vergewissern können; das Interesse an Kritik der deutschen Türkeipolitik und ihren strategischen Zielen; nicht zuletzt das Interesse daran, die Kurdenverfolgung in der BRD zu bekämpfen. Denn die deutschen Behörden rechtfertigen ihre Repression gegen die kurdische Bevölkerungsgruppe durch eine breitflächige Verleumdungskampagne gegen die PKK, die zahllose Behauptungen über die PKK und ihre Beweggründe, Absichten und Ziele ausstreut, die ohne Rückgriff auf authentische Dokumente und insbesondere die Programmatik der PKK nicht widerlegt werden können. Schließlich ruft auch die zunehmende Zahl von in deutschen Zeitungen veröffentlichten Interviews mit dem Generalsekretär der PKK, A. Öcalan, bei vielen Lesern das Interesse hervor, durchaus aus unterschiedlichen Gründen, sich mit den Zielen der PKK intensiver auseinanderzusetzen.

All diese Interessen sind in der deutschen Linken zwar nicht besonders stark entwickelt, aber sie sind vorhanden. Zusammengefaßt: Es gibt ein berechtigtes Informationsbedürfnis, das nur durch die Veröffentlichung des PKK-Programms in deutscher Sprache zu befriedigen ist.

Es gibt allerdings die Auffassung, eine solche Veröffentlichung in eigener Broschüre verstoße gegen geltendes Recht und sei deshalb von Strafverfolgung bedroht. Diese Auffassung ist meines Erachtens irrig.

1. Aus dem Inhalt des PKK-Programms läßt sich eine Strafverfolgung nicht begründen.

Das Programm befaßt sich nach einer Einleitung über die Entstehung und Entwicklung der PKK als Partei des kurdischen Widerstands im ersten Teil

mit der „Weltlage“ und im zweiten mit der „Gesellschaft Kurdistans“, mit den Unterkapiteln „Die Geschichte Kurdistans“, „Die Phase des kapitalistischen Kolonialismus“, „Die Phase der nationalen Befreiung“, „Die Charakteristika der Situation in Nordwestkurdistan“. Der dritte Teil ist der „Revolution Kurdistans“ gewidmet, die Unterkapitel lauten hier: „Die Merkmale der Revolution in Kurdistan“ und „Die Aufgaben der Revolution in Kurdistan“.

Das PKK-Programm und das Grundrecht auf Informationsfreiheit

Die deutsche Übersetzung des PKK-Programms muß aus vielerlei Gründen für Interessierte zugänglich sein

Keiner der für die Verfolgung von Presseinhaltsdelikten in Frage kommenden Strafvorschriften, die auch für eine Einziehung maßgeblich sind (insbesondere über Friedensverrat, §§ 80, 80a; über Hochverrat, §§ 81-83a; über Gefährdung des demokratischen Rechtsstaats §§ 84-92b; über Landesverrat und Gefährdung der äußeren Sicherheit, §§ 93-101a; über die öffentliche Aufforderung zur Begehung von Straftaten, § 111; über Straftaten gegen die öffentliche Ordnung, §§ 123 bis 140 StGB), kann auf den Inhalt des PKK-Programms durchgreifen. Weder wendet sich das PKK-Programm gegen die verfassungsmäßige Ordnung der BRD, sie ist nicht einmal berührt, noch findet sich auch nur der schwächste Anhaltspunkt für den Vorwurf, es verstoße gegen den Gedanken der Völkerverständigung.

2. Auch aus dem PKK-Verbot läßt sich die Strafverfolgung nicht begründen.

Zwar stellt § 86 StGB Abs. 1 die Verbreitung von „Propagandamitteln“ einer Vereinigung unter Strafe, „die unanfechtbar verboten ist, weil sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet“. Die Rechtmäßigkeit des PKK-Verbots sei hier dahingestellt – nach Auffassung des 20. Strafverteidigtages etwa verstößt das Verbot gegen „zwingendes Völkerrecht“, es ist in Kraft, und die Verfügung, mit der die Betätigung der PKK in der BRD verboten wurde, enthält als

zentrale Begründung den Vorwurf, die PKK verstoße gegen den Gedanken der Völkerverständigung.

Aber auch der § 86 StGB hebt ausdrücklich auf den Inhalt ab. Denn gemäß Abs. 2 gelten nur solche Schriften als Propagandamittel im Sinne des Gesetzes, „deren Inhalt gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet ist“.

3. Kann die Herstellung und Verbrei-

tung einer rechtlich unbedenklichen Schrift trotzdem als Straftat verfolgt werden?

Die Entwicklung der Rechtsprechung im Zuge der Durchsetzung des PKK-Verbots gibt allerdings Anlaß zu der Befürchtung, die Veröffentlichung des PKK-Programms könne zum Ziel willkürlicher Verfolgung und staatlicher Repression werden. Allein die Zahl der Verfahren wegen Verbreitens oder Zeigens von verbotenen Symbolen geht in die Zehntausend. Am 24.1.96 fällte der Bundesgerichtshof (BGH) eine Entscheidung, die zu maßloser Verfolgung ermächtigt und mit der man sich auch im Zusammenhang einer womöglich beabsichtigten Veröffentlichung des ins Deutsche übersetzten PKK-Programms auseinandersetzen hat. Es ging in dem Fall um das Verkleben von Newroz-Plakaten. Entgegen polizeilicher Praxis stellte der BGH zwar fest, daß allein das Verbreiten von Kennzeichen von PKK oder ERNK nicht strafbar sei. Strafgrund, so der BGH, sei nicht der Inhalt der Plakate als solcher, sondern die „gegebenenfalls in der Klebeaktion zu sehende Tätigkeit zugunsten der (verbotenen – scc) Vereinigung“. Das „Vergehen“ bestehe nicht im Inhalt; nicht dessen „spezifischer Gehalt“ bilde den „Grund der Strafbarkeit“. Vielmehr werde an einen „beliebigen geistigen Inhalt angeknüpft“, der Straftatbestand sei dadurch erfüllt, daß das „Täterverhalten“, „auf die verbotene inlän-

dische Tätigkeit des betroffenen Vereins /PKK/ERNK – scc) bezogen und dafür förderlich ist“. Dabei komme es auf die „Feststellung eines tatsächlich eingetretenen meßbaren Nutzens“ für die verbotene Vereinigung nicht an.

Der 20. Strafverteidigtage hat in scharfer Kritik festgestellt, daß diese Auslegung des § 20 Vereinsgesetz gegen Art. 5 Abs. 1 GG (Meinungsfreiheit) und gegen das Bestimmtheitsgebot des Art. 103 Abs. 2 GG verstößt. In der Tat läßt die uferlose Auslegung des § 20 Vereinsgesetz und die dadurch in Gang gesetzte Verfolgungswelle befürchten, daß die Ende der 60er Jahre erreichten Einschränkungen des politischen Strafrechts ausgehebelt werden und daß damit u.a. auch erneut eine erhebliche Einschränkung der Pressefreiheit bezweckt und erreicht wird, daß also die Rechtsprechung verschoben wird. Doch trotz der Kritikwürdigkeit des BGH-Urteils in bezug auf den zugrundeliegenden Fall, das Verkleben von Newroz-Plakaten, ist zu bezweifeln, daß die Argumentation – vom Inhalt des Verbreiteten könne gänzlich abgesehen werden, der Strafgrund liege im Verbreiten – zur Verfolgung der Veröffentlichung des PKK-Programms, bei dem es gerade auf den Inhalt ankommt, durchgehalten werden kann. Eine Veröffentlichung kann sich, wie eingangs dargelegt, in noch ganz anderem Maße auf ein berechtigtes öffentliches Informationsbedürfnis beziehen als das Anbringen von Newroz-Plakaten; das Grundrecht auf Informationsfreiheit umfaßt auch die schlichte Entgegennahme von Informationen. Staatliches Einschreiten gegen die Veröffentlichung des PKK-Programms für deutschsprachige Interessierte verletzt deshalb die Informationsfreiheit.

Die Strafverfolgung einer solchen Veröffentlichung ist meines Erachtens also nur unter Bruch von grundgesetzlich geschützten Rechten und von rechtsstaatlichen Grundsätzen möglich.

Gerade weil die Gefahr staatlicher Repression unbestritten besteht, muß die Frage der Veröffentlichung sorgfältig geprüft werden. Die sich auf die Rechtslage beziehenden Argumente gegen eine Veröffentlichung müssen deshalb dargelegt werden, in den Politischen Berichten besteht dazu die Gelegenheit. (scc)

Fortsetzung von Seite 13:

völkischen Konzept:

„Der von unserer Partei geführte revolutionäre Kampf trägt aber auch zu einer Selbstfindung jener nationalen Minderheiten und religiösen Gruppen bei, die in Kurdistan leben oder in aller Welt verstreut sind. Die Politik unserer Partei hat die aus der Geschichte bekannte und belegte Verfahrensweise des türkischen Kolonialismus, nämlich das Ausspielen und Aufstacheln der verschiedenen Völker gegeneinander, aufgehoben und in ihr Gegenteil verwandelt. Unser nationaler Befreiungskampf ist die Basis zur Sammlung aller vom türkischen Kolonialismus benachteiligten Minderheiten, die dort ihre eigene Identität finden. Unsere Partei möchte nicht in engen Nationalismus verfallen und betrachtet die Entfaltung aller Minderheitenkulturen in Kurdistan als Reichtum; deshalb sichert sie der Entwicklung jeder dieser Kulturen Freiheit und Unterstützung zu.“

Sie tritt auf gegen die kapitalistisch nationalistischen Ansätze, die den reichen kulturellen Boden Kurdistans verleugnen wollen, und möchte Voraussetzungen schaffen, unter denen sich die

verschiedenen Kulturen in einer ausgedehnten Harmonie und Freiheit entwickeln können.“ (Programm)

Der moderne deutsche Nationalismus denkt sich seit seiner Grundlegung zu Beginn des 19. Jahrhunderts die gesellschaftliche Entwicklung als Herausarbeiten einer hergekommenen, womöglich durch die sogenannte Rasse determinierten Eigenart durch die öffentliche Gewalt. Was das Fremde betrifft, so steht Einschmelzung an oder Vernichtung.

Für die oben skizzierte Politik des anregenden Neben- und Miteinanders gibt es in der deutschen politischen Kultur buchstäblich keine Beispiele, weder in der Praxis noch in der Theorie. Hier soll nicht behauptet werden, daß die Entwicklung der antikolonialen Befreiungsbewegung in Kurdistan zu einer nach deutschem Beispiel nationalistischen Bewegung ausgeschlossen sei, aber die Tatsache, daß die Programmatik der PKK dagegen steht, darf nicht übersehen werden.

2. Es geht nicht um einen Nationalstaat im deutschen völkischen Sinn. Dies erschließt sich aus den äußerst flexiblen Verhandlungsangeboten seitens der PKK, aber mehr noch aus der Ziel-

vorstellung, in der es heißt:

„Jede Einheit mit den Nachbarvölkern ist davon abhängig, daß jedes Volk unabhängig und frei ist. Alle erzwungenen Einheiten, die nicht auf dieser Grundlage beruhen, sollen bekämpft werden. Die Beziehungen zu den Nachbarvölkern und vor allem zu der Bevölkerung der Türkei sollen im Rahmen des Ansatzes einer ‚Föderation des Mittleren Ostens‘ entwickelt werden.“ (Programm)

Die Revolution in Kurdistan, soviel ergibt sich hieraus, hat nicht die Vervollkommen des Staatswesens im Sinn. Nach innen hin sind Schranken gegen die Identität von Kultur und Lebensweise und staatlichem Machtanspruch gezogen, nach außen bedeutet die – freilich nur gedankliche – Einebnung des neuen Staatswesens in eine Föderation ebenfalls eine Einschränkung der Souveränität und eine verbürgte Einflußmöglichkeit der Nachbarn.

Wieso greift die linke Diskussion in der BRD die – noch dazu in deutscher Sprache – so ausführlich gegebene Begründung der Politik der PKK nicht auf, nicht positiv, nicht kritisch, sondern im großen und ganzen gar nicht? Dies hängt mit einer Horizontverengung zu-

sammen, die sich aus der deutschen Kulturgeschichte ergibt.

Der Antisemitismus-Vorwurf

Als Nachweis des Problems Justus Wertmüller in der *Jungen Welt*. J.W. nimmt einen Artikel, der in *Yeni Politika* am 30.6.1995 erschien und in eigener Übersetzung in der JW auszugsweise dokumentiert wird, zum Anlaß, den PKK Antisemitismus zu attestieren. Fest steht, daß Antisemitismus in der Programmatik der PKK keinen Anhaltspunkt findet. So sicher wie die von der *Jungen Welt* gegebene Übersetzung sind wohl auch Anklänge an die antisemitische Propaganda der Nazis, wenn es zum Beispiel heißt, daß der Zionismus eine Weltmacht, eine geheime, herrschende Macht sei.

Wenn Versuche, die Politik Israels und des Zionismus im Mittleren Osten zu kritisieren, auf eine – in der Tat weltweit vorhandene – antisemitische Begrifflichkeit zurückgreifen, ist dies außerordentlich gefährlich, kann aber unter Bezug auf die Programmatik der PKK kritisiert werden. Wenn es J.W. um den

Fortsetzung nächste Seite oben

Fortsetzung von Seite 14:

Kampf gegen den Antisemitismus zu tun ist, wie kann er diesen Ansatzpunkt übersehen? Statt sich auf die im Gange der Revolution in Kurdistan entwickelten Erfahrungen und Wertvorstellungen zu stützen, besteht er darauf, seine Maßstäbe zu den alleinigen Maßstäben zu machen. Seine Forderung, nämlich mit Abbruch der Zusammenarbeit in die Diskussion einzusteigen, entspringt, so sagt er, „nicht eurozentrischer Besserwisserei, sondern dem Wissen, daß jeder Kampf um Emanzipation meßbar sein muß an einer von den Revolutionären weltweit anerkannten Vernunft, wenn Internationalismus nicht endgültig zur Stammtischweisheit, andere Länder, andere Sitten verkommen soll. Von dieser kommunistischen Vernunft sind die Revolutionäre heute weit entfernt. Aber eines muß ex negativo klar sein: Antisemitismus, egal in welcher Ecke der Welt er auftritt, ist der schlimmste Feind jeder Bemühung um Befreiung. Er bedeutet immer die Ersetzung von Theorie durch völkischen Verfolgungswahn, und er meint immer, was er sagt: Tod allen Juden und allen anderen Volksschädlingen“.

J.W. läßt sich hier von seinen eigenen Argumenten mitreißen. Sein Hinweis, der Antisemitismus meine immer, was er sage, nämlich Tod allen Juden und allen anderen Volksschädlingen, trifft das Problem. Der Antisemitismus in des Wortes grauenhafter Bedeutung verknüpft die Möglichkeit, das Fremde, Unbekannte zum Urheber allen Unheils aufzuladen, mit der Wahnvorstellung, die Träger des Unheils auszumerzen und so dem Heil (Hitler wußte, warum er diese Grußform kreierte) den Weg zu bahnen. Aber J.W. könnte auch bemerken, daß die ihm vorliegenden Äußerungen diese Wendung nicht nehmen.

Zur einer landauf, landab einleuchtenden Ungenauigkeit in einer so wichtigen Sache, in der es darauf ankäme, eine unvermeidliche Kritik der Politik Israels im Mittleren Osten vor der Gefahr des Abgleitens in Antisemitismus wirkungsvoll zu warnen, kommt J.W. durch eine außerordentlich komplizierte Gedankenführung.

Wenn er sagt, daß jeder Kampf meßbar sein müsse an einer von den Revolutionären weltweit anerkannten Vernunft, dann spricht er dieser Vernunft

ein eigenständiges Dasein zu. Der Prozeß der Urteilsbildung spielt sich dann ab als ein Annäherungsprozeß der Revolutionäre an diese Vernunft, in dem man sich höchstens durch scheue oder freche Seitenblicke versichert, wie weit der Mit-, besser Nebenmensch schon geraten ist.

Die Lostrennung der Vernunft von ihren wirklichen Trägern, den Menschen (die Einschränkung auf die Revolutionäre ist hier wirklich fehl am Platze), macht es denkmöglich, eine Urteil über jemanden zu fällen, ohne mit ihm argumentieren zu müssen, und genau diese Funktion erfüllt die Denkfigur an dieser Stelle. Zusammenarbeit abbrechen. Basta.

Immerhin könnte J.W. auch von diesem Standort aus noch beginnen zu argumentieren. Er müßte bloß behaupten, daß seine Ansicht als Bestandteil der von allen Revolutionären anzuerkennenden Vernunft aufzufassen sei, schon wäre er gezwungen, zur Sache zu sprechen und den Irrtum aufzuklären, denn dies ist die Menschenpflicht dessen, der von der Vernunft was hat, was anderen – noch – fehlt. Hier müssen wir auf eine besondere Feinheit der Argumentation achten. J.W. spricht nicht von einer bei allen Menschen anzutreffenden Vernunft, die es überall erlaube, in derselben Sache zutreffende Schlüsse zu ziehen. Seine Vernunft muß nicht eingesehen, sondern anerkannt werden. J.W. vermengt die nachdenkende Vernunft mit der sanktionierten, durch Strafandrohung bewehrten, anzuerkennenden, wie Recht gehandhabten Moral. Er hebt nicht nur den Zeigefinger, sondern er zeigt mit dem Prügel.

Damit die von ihm eingeführte überregional geltende Vernunft der Revolutionäre vor jeder Nachfrage geschützt bleibt, greift J.W. in der Sache gar nicht darauf zurück, sondern auf etwas, was „ex negativo“ klar sein müsse. Was soll das sein? Möglicherweise eine Anleihe aus der sogenannten negativen Theologie, nach der positive Aussagen über Gott nicht möglich sind, „weil er unendlich größer ist, als alles, was benannt werden kann“, so daß zum Wesen Gottes nur auf dem Weg der Verneinungen vorgedrungen werden kann.

J.Ws. Fehler bei der Sache dürfte sein, daß er sich nicht fragt, auf welchem Wege vernünftige Einsichten zur Anerkennung kommen können. Im Bildungsprozeß des Staates der Deut-

schen jedenfalls war die „Vernunft“ vor dem Staat da, ohne „Geltung“ zu besitzen, erst die staatliche Gewalt verschaffte ihr „Geltung“. Unheimlich ist deswegen vom Standpunkt des deutschen Wesens aus der angelsächsische Weg der Rechtsfindung, der auf der Sanktionierung bewährter gesellschaftlichen Praktiken beruht.

Im Ergebnis seiner Überlegungen hat J.W. die diskursive Situation zwischen der BRD-Linken und der Unabhängigkeitsbewegung Kurdistan folgendermaßen verschoben:

Die deutsche Seite ist nicht verpflichtet, sich auf die Überlegungen der kurdischen Seite einzulassen, d.h. auch, sie gegebenenfalls zu widerlegen. Sie nimmt die Position eines verantwortungslosen, tyrannischen Richters ein, der sein „So nicht“ mit Sanktionen – dem Abbruch der Zusammenarbeit – durchsetzt.

Es muß an dieser Stelle gesagt werden, daß das Verbot der Betätigung der PKK in der BRD und die allgemeine politische Kurdenverfolgung, die damit in der Praxis ausgelöst wurde, jede Diskussionsmethode schlecht macht, die sich nicht müht, den angegriffenen Standpunkt einigermaßen mit zu verdeutlichen. Ein Dialog, in dem jede Seite ihre Sache selbst vertritt, ist eben unter diesen Bedingungen nicht gegeben.

Was ist zu tun? Wer sich in der BRD für den Gang der Revolution in Kurdistan irgendwie interessiert oder sich darüber äußern will, sollte sich unbedingt mit den Zielvorstellungen auseinandersetzen, die in dieser Revolution entwickelt werden.

Hier gibt es die schroffsten Konfliktlinien zum Imperialismus, und einer der wichtigsten Punkte ist das Ziel einer Mittelost-Föderation. Dies ist die einzige reale Alternative zu einer langen und blutigen Reihe von Interventionskriegen der imperialistischen Mächte in dieser Weltregion. Als Alternative dazu steht die Einbindung der Türkischen Republik als untergeordnete Macht in die EG und die Verwandlung ihres Staatsgebietes in ein Front- und Aufmarschgebiet der Westmächte. In dieser Sache hat die politische Linke in Europa und besonders in der BRD die Chance, eine außenpolitische Alternative zu entwickeln, die sich auf reale Kräfte im Mittleren Osten beziehen kann. Diese Chance sollten wir wahrnehmen.

(Martin Fochler)

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
– erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: GNN-Berlin, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 12 07 22, 68163 Mannheim), Ulrike Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Hardy Vollmer, c/o GNN-Süd, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider; für Reportagen und Berichte regional: Jörg Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Martin Fochler

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“. Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln.

Tel. 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73.

Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19 - 507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM).

Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030/69 40 10 39, Fax: 030/69 40 10 41.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmstraße 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/38 13 93, Fax: 040/38 93 31.

Hannover: GNN-Verlag, Ellisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 05 11/458 37 93.

Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Telefon und Fax: 089/502 81 12.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204/657 11, Fax: 034204/6 58 93.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11/ 62 47 01, Fax: 07 11/ 62 15 32.

Politische Berichte – zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

☐ 4 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ im Halbjahres- / Jahresabo (39,- bzw. 78,- DM je Einzelabo)

☐ im (Halbjahres)-Förderabo (65,- DM je Einzelabo).

☐ Halb- / Jahresabo für neue Länder (26,- bzw. 52,- DM im Jahr)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln oder an eine regionale Bestelladresse.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

Bankunterschrift:

TERMINE

14.-16.6.: Erfurt: Kommunalpolitischer Kongreß von Bündnis 90/Grüne in Erfurt

15.6.: Bundesweite Demonstration von Gewerkschaften, Parteien und Initiativen gegen den Sozialabbau, Bonn.

15.6. Großdemonstration „Frieden jetzt! Für die Beendigung des Krieges und ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben der kurdischen und türkischen Völker! in Hamburg. Es rufen auf GAL, PDS, VVN, IG Medien, GEW, kurdische und türkische Vereine u.v.a.m.

15./16.6.: Bundesdelegiertenversammlung der Roten Hilfe in der Jugendherberge in Göttingen

16.6.: Präsidentschaftswahlen in Rußland

22./23.6.: Bordieu-Seminar der AG BWK By in Schweinfurt, DFG-VK-Büro, Gabelsberger Str. 1, 97421 Schweinfurt. Anmeldungen ebenda, z. Hd. C. Seitz.

26./27.6.: G-7-Gipfel in Lyon, Frankreich.

26.-30.7.: 2. Europäischer Friedenserziehungskongreß in Lillehammer (Norwegen). Mit PädagogInnen, Gewerkschaftern, Friedensforschern und Vertretern des Europarats. Infos über Horst Bethge, Saseler Kamp 69a, 22393 Hamburg. Tel. u. Fax: 040/6015212.

1.-4.8.: „Sommertreffen“ der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen. Näheres bei BAG-SHI, Moselstr. 25, 60320 FfM, Tel. 069/250030, Fax: 069/235584.

1.-4.8.: Schnepfenthal: Sommerkurse der „Linken Schule“ in Schnepfenthal, Thüringen.

Die Kurse beginnen am 1.8. um 14 Uhr und enden am 4.8. gegen Mittag.

Wie stets finden drei Kurse statt:
AG Philosophie: Antisemitismus und andere völkische Ideologien, die bei der Herausbildung der deutschen Nation eine wesentliche Rolle spielten.

AG Geschichte: 40 Jahre KPD-Verbot
AG Wirtschaft: Kommunales Wirtschaften Eine ausführlichere Beschreibung wird im der übernächsten Ausgabe beiliegenden „Rundbrief der ARGE“ gegeben. Trotzdem bitten wir alle, die die Teilnahme schon eingeplant haben, um rasche Anmeldung bei Christiane Schneider, c/o GNN-Verlag, Palmstraße 24, 22767 Hamburg, Tel. (040)-381393, Fax (040) 3898331.

14.8.: In Lüneburg beginnt der Prozeß gegen die Göttinger „Autonome Antifa“ (17 Angeklagte) wegen angeblicher Mitgliedschaft bzw. Unterstützung einer „kriminellen Vereinigung“ (angebl. Verstoß gegen §129 StGB)

7./8.9.: In Duisburg-Rheinhausen findet die 4. gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS statt: „Zeitstrukturen. Entwürfe zur Neuver-

teilung der Arbeitszeit“ ist ihr Thema.

14.9.: Der Vorstand der Bundeskonferenz BWK tagt in Köln

15.9.: Kommunalwahlen in Niedersachsen

28.9.-4.10.: Stuttgart: ÖTV-Gewerkschaftstag

6.-10.10.: Vereinigungs-Gewerkschaftstag der Gewerkschaften IG Chemie und der IG Bergbau

12./13.10.: Herbsttagung der Bundeskonferenz BWK in Köln

25.-27.10.: Nürnberg: IPPNW-Kongress „Medizin und Gewissen“ - 50 Jahre nach den Nürnberger Ärzteprozeß, Infos: IPPNW-Kongreßbüro, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel.: 030/6030244, Fax: 030/6938166

26./27.10.: Herbst-Arbeitstreffen der KAZ-Gruppe im Raum Heidelberg. Infos bei KAZ-Redaktion, Schwanthaler Str. 139, 80339 München.

5. November: US-Präsidentschaftswahlen

14.-16.11.: a.o. DGB-Bundeskongreß in Dresden mit Beschluß über ein neues Grundsatzprogramm

24.-26.1.97: 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS in Schwerin

Marz. 1997: Kommunalwahlen in Hessen



**„Ich versuche den Leuten zu erklären, wie es zugeht auf der Welt“
(Eric Ambler)**

Zum Werk von Eric Ambler

„Eric Amblers Stoff ist die Wirklichkeit. Das Verbrechen erwächst aus faschistischen Komplotten und der Gier der Großunternehmer; es erwächst aus einem heruntergekommenen, dekadenten, schmutzigen, verfallenen, für Krieg und Revolte reifen Europa. Eric Ambler ist ein Mann, der sein Europa kennt, der die Politik und Finanzen dieses Kontinents versteht. Seine Geschichten klingen einfach wahr. Man liest sie und sagt sich: Also so etwas passiert dauernd.“ (Alfred Hitchcock, 1943)



In der Literaturkritik gibt es eine merkwürdige Diskussion über die Einordnung des Werks Eric Amblers. Zum einen versuchen einige Kritiker, Ambler ein hohes intellektuelles Niveau zu bescheinigen und ihn als Vorläufer des französischen „Roman nouveau“, der in der Nachkriegszeit dominierte, zu klassifizieren. Seine trivialliterarischen Elemente wie auch seine politischen Bezüge werden als künstlerische Überspitztheiten akzeptiert, aber letztlich nicht ernst genommen.

Zum anderen wird er gänzlich in die Sparte Trivialliteratur, Bereich: Spionage, Thriller eingereiht. Die Literaturkritik akzeptiert die Besonderheit Amblers in jenem Genre lediglich dahin, daß er den reißerischen Stoff durch Hinzunahme von politischen Bezügen auf ein höheres Niveau gebracht hat.

Beide Analysen begreifen den entscheidenden Ansatz der Romane Amblers nicht. Gerade der aktuelle politische Bezug ist Wesensmerkmal und nicht ausschmückendes Beiwerk der Romane Amblers. Alfred Hitchcock hat diese Tatsache besser erkannt: „Eric Amblers Stoff ist die Wirklichkeit“. Der Blick in die Tagespresse liefert schon den Stoff für den nächsten Roman.

Eric Ambler selbst hat dies so beschrieben: „Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch sagen, daß es sich nicht so verhält, wie ich immer lese, daß ich also dem Thriller so quasi als Masche noch die Politik hinzugefügt hätte. Sondern es ist ganz anders. Jeder Mensch ist doch ein politisches Wesen. Er lebt ja in einer ganz bestimmten Gesellschaft, er tut in seinem eigenen Interesse gut daran, politisch tätig zu sein. Wenn er die Politik anderen überläßt, dem starken Mann, dem Führer, also wo das hin führt, hat man ja bei Adolf Hitler gesehen. Ich siedle also meine Stories nicht in der Politik an, sondern die ist davon gar nicht wegzudenken.“

Ein Autor kann natürlich von den politischen Verhältnissen verschiedene Bilder liefern. Er selbst ist Bestandteil dieser politischen Struktur, die er beschreibt. Es ist daher nicht uninteressant, wo sein Standpunkt liegt.

Aus seinem hat Ambler nie einen Hehl gemacht: „In meiner Jugend habe ich viel Marx und Engels gelesen, Engels hat mir bedeutend besser gefallen –, weil mich immer interessiert hat, was geschieht ist, und weil ich beide Seiten hören wollte und weil mich die Wahrheit interessiert, aber da ich ja kein Intellektueller bin, hat's halt nur zu Kriminalromanen gelangt.“

Seine Sympathie galt zweifelsohne der Sache des Sozialismus. Er unterstützte die spanische Republik im Bürgerkrieg und unterstützte den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion. „Die ersten Romane entwarfen die menschenverachtende Ideologie und Politik des Faschismus. Noch heute, nach fast sechzig Jahren, sind Romane „Cause for Alarm“ von 1938 (dt. „Anlaß zur Unruhe“) hervorragende Analy-

sen des deutschen und italienischen Faschismus. Sein 1951 geschriebener Roman „Judgment on Deltschev“ (dt. „Der Fall Deltschev“) kritisiert aber genauso treffend den unterdrückerischen Charakter der osteuropäischen Schauprozesse. Im Unterschied zu vielen anderen Schriftstellern wechselt aber Ambler aufgrund der Entwicklung in den osteuropäischen nichtkapitalistischen Gesellschaften nicht ins konservative und reaktionäre Lager.

„Der erfolgreichste Politiker ist der korrupteste“ (Eric Ambler)

Die beiden bekanntesten Romane Amblers sind sicherlich „The Mask of Dimitrios“ von 1939 (dt. „Die Maske des Dimitrios“) und „The Light of Day“ von 1963 (dt. „Topkapi“). Beide Werke wurden auch verfilmt, was ihren Bekanntheitsgrad sicherlich noch gesteigert hat.

Im schon erwähnten Roman „Cause for Alarm“ gerät der biedere britische Ingenieur Nikolas Marlow im Mailand des Jahres 1937 in das zwielichtige Räderwerk eines faschistischen Komplotts, aus dem ihn dann der kommunistische Spion Zalenshoff rettet. Dieser faßt sein Credo folgendermaßen zusammen: „Nur nicht denken. Laßt uns unseren Bäumen folgen. Nieder mit der Intelligenz! Die menschliche Natur läßt sich nicht ändern – und damit basta.“

So ein Unsinn! Als ob die menschliche Natur nicht ein Bestandteil des sozialen Systems wäre. Ändere das System, und der Mensch wird sich ändern. Wenn Ehrlichkeit sich wirklich lohnt, wird jeder ehrlich. Wenn für den Mitmenschen arbeiten heißt, auch für sich selber arbeiten, dann wird Brüderlichkeit zur Tatsache.“

In seinen Nachkriegsromanen prangert Ambler den Kolonialismus und Imperialismus an. In dem 1967 erschienenen Roman „Dirty Story“ (dt. „Eine schmutzige Geschichte“) inszeniert ein Konzern einen blutigen Kolonialkrieg,

um seine Gewinne zu schützen.

In dem 1974 erschienenen Roman „Dr. Frigo“ geht es um die Verteidigung von Erdölinteressen in der Karibik. Ein internationales Konsortium interessiert sich für die Ölvorkommen eines karibischen Staates, in dem die herrschende Klasse ihre Interessen durch eine Militärjunta absichern läßt. Diese politische Konstellation erscheint aber dem Konsortium zu unsicher, da durch die brutale Gewalt der Militärjunta eine Revolution ins Haus steht.

So wird von dem Konsortium vorsorglich ein Umsturz durchgeführt, der einen Exilpolitiker der demokratisch-sozialistischen Partei an die Macht bringen soll. Seine Aufgabe: „bessere, freundschaftliche und gerechtere Beziehungen zwischen der Regierung des Volkes und den ausländischen Ausbeutern“ herzustellen. Direkter Initiator der ganzen Aktion ist hier der französische Geheimdienst. Er erledigt dabei aber nur Handlagerdienste für den US-Imperialismus. „Diesmal berufen die Amerikaner sich nicht auf die Monroe-Doktrin, sondern geben dem Projekt ihren heimlichen Segen, weil auch sie mehr karibisches Öl brauchen und haben nichts dagegen einzuwenden, zur Abwechslung mal jemand anderen die schmutzige politische Arbeit verrichten zu lassen.“

In seinen nun 18 Romanen hat sich Ambler konsequent an diese Vorgabe gehalten. Aber auch in allen 18 Romanen bedient er sich mehr oder weniger der gleichen Mittel, um diese Spannung zu erzeugen, ohne daß dem Leser durch dieses wiederholende Moment langweilig wird. Im Gegenteil, nur durch den immer gleichen Aufbau des Romans erhält der Leser auch die notwendige Vertrautheit mit dem Metier und die Gewißheit, einen echten Ambler vor sich zu haben.

Eine schon klassische Amblerische Einführung in die folgende Handlung kann man in seinem letzten Roman, „The Care of Time“, 1981 (dt. „Mit der Zeit“) nachlesen. So lautet gleich der er-

ste Satz des Romans: „Der Brief mit der Warnung traf am Montag ein, die Bombe selber am Mittwoch. es wurde eine betriebsame Woche.“

Der Leser wird mitten ins Geschehen genommen. Die Gefahr ist erkannt, von woher sie kommt und wohin das ganze führt, bleibt ihm ein Rätsel. Im übrigen hält dieser Zustand in allen Romanen Amblers noch eine ganze Weile an. Erst ganz am Schluß löst sich diese anhaltende Spannung. Aber wie dem Leser ergeht es natürlich auch der Hauptperson. Das besondere an der Schreibweise Amblers ist m.E., daß es ihm gelingt, die Hauptperson mit dem Leser zu verschmelzen. Er wendet zu diesem Zweck das Mittel der Ich-Erzählung an.

Ein weiteres Mittel, diesen Zweck zu erreichen, geschieht durch die soziale Stellung der Hauptperson. In allen Romanen sind es im großen und Ganzen „ganz normale Menschen“. Entweder arbeitsloser Ingenieur auf der Suche nach Arbeit. Die sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit zwingen ihn, einen Job anzunehmen, der dann der Beginn des Abenteuers wird. So in dem Roman „Cause of Alarm“. Oder brotloser Journalist oder Universitätsdozent, der seinen Job an den Nagel gehängt hat, um sich als Schriftsteller durchzuschlagen. Oder die wohl am interessantesten gezeichnete Figur Amblers, Arthur Abdel Simpson, entwurzelter Europäer in der Dritten Welt. Ihm hat er gleich zwei Romane gewidmet, „The Light of Day“ und „Dirty Story“. Ambler erzeugt bei dem Leser eine Stimmung, bei der er sich denkt: das hätte mir auch passieren können. Es drängt einem dann beim Lesen aber auch festzustellen, wie man sich dann im weiteren dann Verhalten hätte. Der Roman liest sich dann auf weiten Strecken wie eine Handlungsanweisung.

Im übrigen liegt in dieser wirklichkeitsgetreuen Schilderung Amblers auch ein Moment, das Lust am Lesen macht. So vertrackt auch manchmal der Gang der Handlung ist, so lernt man doch auf doch immer wieder neue Sachen über das Land und die Leute.

Das führte dann soweit, daß sich bei „Cause of Alarm“ der englische Geheimdienst für die Lektüre interessierte, weil Ambler so genau die Schmugglerpfade zwischen Italien und Jugoslawien beschrieb, daß der Geheimdienst nähere Auskünfte von ihm wollte.

Die genaue Beschreibung eines Einbruchs in den Serail von Istanbul in „The Light of Day“ führte in den USA zu Nachahmern, so daß sich die FBI für Ambler zu interessieren begann.

Als Ambler 1985 nach einem schweren Autounfall in einer Genfer Klinik lag, begann er den ersten Teil seiner Autobiographie zu schreiben. Sie führt im Original den bezeichnenden Titel: „Here lies Eric Ambler“ (dt. „Ambler by Ambler“). Diese gehörige Portion Ironie und Sarkasmus begleitet den Leser auch in allen seinen Romanen.

(hav)

Die Romane Eric Amblers

The Dark Frontier. London, 1936 (dt. *Der dunkle Grenzbezirk*)
Uncommon Danger. London, 1937 (dt. *Ungewöhnliche Gefahr*)
Epitaph for a Spie. London, 1938 (dt. *Nachruf auf einen Spion*)
Cause for Alarm. London, 1938 (dt. *Anlaß zur Unruhe*)
The Mask of Dimitrios. London, 1939 (dt. *Die Maske des Dimitrios*)
Journey into Fear. London, 1940 (dt. *Die Angst reißt mit*)
Judgment on Deltschev. London, 1951 (dt. *Der Fall Deltschev*)
The Schirmer Inheritance. London, 1953 (dt. *Schirmers Erbschaft*)
The Night-Comers. London, 1956 (dt. *Besuch bei Nacht*)
Passage of Arms. London, 1959 (dt. *Waffenschmuggel*)
The Light of Day. London, 1962 (dt. *Topkapi*)
A Kind of Anger. London, 1964 (dt. *Eine Art von Zorn*)
Dirty Story. London, 1967 (dt. *Schmutzige Geschichte*)
The Intercom Conspiracy. London, 1970 (dt. *Das Intercom-Komplott*)
The Levantier. London, 1972 (dt. *Der Levantiner*)
Doktor Frigo. London, 1974 (dt. *Dr. Frigo*)
Send no More Roses. London, 1977 (dt. *Bitte keine Rosen mehr*)
The Care of Time. London, 1981 (dt. *Mit der Zeit*)
Autobiographie:
Here lies Eric Ambler. London, 1985 (dt. *Ambler by Ambler*)